

# Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6.  
Postfachkonto: Danzig 2945.  
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,  
für Anzeigen-Annahme, Zeitungs-  
bestellung und Druckfachen 3290.

Bezugspreis: Durch d. Post u. Austrag. 300000 M.  
In Pommerellen 300000 M. poln. Anzeigen: Dies-  
seits, Zeile 720000 M., auswärts 800000 M. Die Reklam-  
zeile 240000 M., ausw. 280000 M. Arbeitsmarkt  
und Wohnungsanzeigen nach besonderem Tarif.

Nr. 197

Freitag, den 24. August 1923

14. Jahrg.

## Das Finanzprogramm Silberdings.

### Unkündigung einer Devisenzwangsabgabe. — Zuchthaus für Devisenhehler.

Im Hauptausschuß des Reichstages hielt gestern der Reichsfinanzminister Genosse Dr. Silberding seine Antrittsrede über die Lage der Reichsfinanzen und die in Angriff genommenen Versuche zu ihrer Sanierung. Die Mitglieder des Ausschusses und zahlreiche andere Abgeordnete, die als Zuhörer erschienen waren, lauschten gespannt den Darlegungen des neuen Mannes, von dessen Maßnahmen das Schicksal des Deutschen Reichs und Volks in so hohem Maße abhängt.

Das Bild, das Silberding von der finanziellen Lage des Reiches entwarf, war geradezu erschütternd. Ueberaus wirksam, wirksamer als in irgendeiner Rede eines anderen Finanzministers früherer Zeit, kam dabei der Gedanke zum Ausdruck, daß die wirtschaftliche Erhaltung des Staatswesens höchstes Interesse jedes einzelnen ist. Es gibt einen Punkt, wo die Bereicherung der Privatwirtschaft aus der Verarmung des Staates automatisch in ihr Gegenteil umschlagen muß, und diesem Punkt sind wir so bedenklich nahe gekommen, daß nur die äußerste Notwendigkeit das Verhängnis aufhalten können, das mit seiner Erreichung unumwiderrücklich wird.

Wer von diesem Grundgedanken ausgeht, wird die angekündigten Schritte der Reichsregierung als einen Anfang billigen müssen. Zunächst sollen, wie selbstverständlich, die neuen Steuern ohne alle Wehleidigkeit — trotz aller Härten, die sich im einzelnen ergeben mögen — eingetrieben werden. Sodann soll eine Zwangsabgabe von Devisen an das Reich durchgeführt werden, die mit einem strengen Deklarationszwang — auf Meineld steht Zuchthaus! — verbunden sein soll.

Auf diese Weise soll ein Devisenfonds geschaffen werden, der es dem Reich ermöglicht, den Kohlenbedarf zu decken, die notwendige Einfuhr von Lebensmitteln zu finanzieren und Mittel für die Stilllegung der Welt zu gewinnen. Sollten die bisher getroffenen Maßnahmen nicht ausreichen, so wird es notwendig sein, auf dem betretenen Weg weiterzuschreiten. An der Entschlossenheit des Staates, den Kampf um seine Existenz aufzunehmen, darf nicht der geringste Zweifel bestehen.

Die Ausführungen des Reichsfinanzministers ließen auch keinen Zweifel darüber, daß der Fall Havenstein in kürzester Zeit seine Erledigung finden wird. Es gab keinen Widerspruch gegen die an sich ja ganz selbstverständliche Feststellung, daß ein reibungsloses Zusammenarbeiten zwischen der Reichsfinanzverwaltung und der Reichsbankleitung unter allen Umständen gesichert werden muß. Aussehen erregten die Mitteilungen des Ministers über die bisherige Verwaltung der Reichsbank, durch die auf die Empfänger von staatlichen Entschädigungen geradezu ein Zwang ausgeübt wurde, die erhaltenen Papiermarkbeträge in Devisen umzusetzen und dadurch den Markkurs noch weiter herunterzubrüden.

Alles in allem ließ der Finanzminister keinen Zweifel an dem drohenden Ernst der Lage und an seiner Entschlossenheit, ihm mit dem äußersten Aufwand von Energie zu begegnen. Es ist ihm auch zu glauben, daß er für seine Auffassung zunächst Verständnis bei den Kreisen der Privatwirtschaft gefunden hat, denn auch sie müssen schließlich einsehen, daß es um Kopf und Kragen geht und daß das drohende Chaos nächst den Besitzlosen schließlich auch die Besitzenden verhängen würde. Aber wie lange diese Erkenntnis anhalten wird, kann man bei der bekannten Eigenart ihres Seelenlebens nicht wissen. Hier kräftig nachzuhelfen, wird Sache der deutschen Sozialdemokratie sein.

### Die Ermordung des Sowjetgesandten Borowski.

#### Abschluß der Voruntersuchung.

Die Voruntersuchung über die Ermordung des russischen Gesandten in Rom, Borowski, der bei den Verhandlungen zwischen der Türkei und der Entente in Genf Rußland vertrat, ist jetzt abgeschlossen worden. Danach soll feststehen, daß der Mörder Conradt ursprünglich die Ermordung Tschitcherins, Krassin oder des Sowjetadmirals Behrens geplant hatte. In diesem Zweck hat er angeblich von dem Sekretär des alten russischen Notens Kreuzes in Genf, Polamin, einem früheren Prager-Offizier, die erforderlichen Mittel gegen Quittung erhalten. Zur Ausführung des Planes soll Conradt im April nach Berlin gereist sein, ohne jedoch die als Opfer ausersuchten Personen in der Sowjetbotschaft und in der russischen Handelsmission anzutreffen. Unverrichteter Sache ist er daher in die Schweiz zurückgekehrt und hat sich hier zum Mord an Borowski in Genf entschlossen.

### Zusammenkunft Baldwin—Poincaré?

„Evening Standard“ zufolge erzählt der Premierminister heute und morgen informell mit den in London anwesenden Ministern die französische Antwort. Wahrscheinlich werden sowohl Baldwin wie auch Curzon in Paris mit Poincaré zusammentreffen, um

die Zweckdienlichkeit einer formellen Konferenz zu erörtern. Eine ins einzelne gehende Antwort auf die Note des französischen Premierministers werde, wenn sie überhaupt erfolge, nicht erwartet, bevor Baldwin nach London zurückgekehrt sei. In verantwortlichen Kreisen sei man der Ansicht, daß die belgische Antwort vielleicht neue und wichtige Vorschläge enthalten werde, die dazu beitragen könnten, die Lage zu erleichtern und zu klären.

### Sabotage der Unternehmer gegen die neuen Steuern in Berlin.

Berliner Blätter berichten über eine Reihe teils erfolgreicher, teils angebrochener Betriebsstörungen oder zum mindesten Betriebsbeschränkungen. Nachdem die Berliner Privatbadeanstalten ihre Porten geschlossen haben, legt nun auch die Berliner Kellergesellschaft die Plafatierung der Anschlagpläne auf eine Woche lahm, damit sie sich auf Goldbasis umstellen kann. Ferner verbreitet der Verband kaufmännischer Genossenschaften die Mitteilung, daß er dem Lebensmittelhandel den Rat gegeben habe, alle seine Angehörigen mit Wirkung zum 1. September zu kündigen. In der Mitteilung heißt es, daß die neuen Steuererlässe in ihrer Auswirkung dem Kleinhandel den Todesstoß geben, und daß die Zahlung der zweiten Steuererlässe am 5. Oktober den Mord der Geschäftsinhaber befehlen würde.

Das „Berl. Tagebl.“ bemerkt dazu: Die Genossenschaften haben mit ihrem Aufruf eine schwere Verantwortung auf sich geladen, denn die Folgen einer Stilllegung des Lebensmittelhandels seien unabsehbar. Das Blatt hofft, daß es sich bei dem verhängnisvollen Rat nur um ein gegen die Regierung gerichtetes Druckmittel handelt. Eine solche

## Der deutschvölkische Gemein-Mord in München.

S kaum bemerkt von der Öffentlichkeit, begann am Mittwoch vormittag vor dem Volksgericht in München der Prozeß wegen der Ermordung des Studenten Baur aus Wismar, der bekanntlich die Mathematik-Mörder auf ihrer Flucht beherbergt und der im Januar d. Js. ein Attentat auf Scheidemann geplant hatte. Der Mord wurde in der Nacht vom 18. auf den 19. Februar in München mit einer Browningpistole ausgeführt und die Leiche in die Isar geworfen, wo sie viele Wochen später gefunden wurde. Die Polizei ermittelte als Mörder den 24 Jahre alten Studenten der Forstwirtschaft August Zwenaur, den Sohn eines Volksschullehrers in Franken. Die Untersuchung durch den Staatsanwalt ergab folgende Anklage: Der Student Baur war seit Dezember 1922 in rechtsextremen Organisationen Münchens tätig und alsbald bekannt als blutrünstiger Aktivist. Anfang Februar wurde er von der Polizei aus München ausgewiesen, blieb aber trotzdem und wandte sich als Mitglied des „Blücherbundes“ wiederholt in erpresserischer Weise an den Kreisleiter des Bundes, den aus dem Hochverratsprozeß Fuchs-Machhaus bekannten Johann Berger, desgleichen an seinen Bruder Ernst und an den berühmtesten Privatgelehrten Dr. Arnold Ruge, den Agitator und Presschef des „Blücherbundes“. Baur drohte offen mit Verrat der Vorbereitungen, die damals innerhalb des „Blücherbundes“ für eine

### „Aktion der nationalen Diktatur“

getroffen werden waren, und so beschloß man, den Baur als Schädling an der nationalen Sache „umzulegen“. Am 18. Februar nachts wurde er, von einer Fahrt von Regensburg kommend, am Münchener Hauptbahnhof von Zwenaur und den Brüdern Berger abgeholt, in das Bureau des „Blücherbundes“ geführt, wo man ihm vorredete, er müsse zusammen mit Zwenaur noch in dieser Nacht eine Agitationsfahrt per Auto nach Norddeutschland antreten. Das Auto stehe im Süden Münchens. Ausweispapiere dürfen aus Vorsicht vor der Polizei nicht mitgenommen werden. Nach Bewirtung mit Schnaps begab sich Zwenaur und Baur zusammen nach dem angeblichen Standplatz des Autos, wobei dann unterwegs die Mordtat ausgeführt wurde. Der Mörder kehrte sofort in das Bureau des „Blücherbundes“ zurück, erstattete dem Kreisleiter Meldung und dieser brachte am nächsten Tage die Briefstache Baur's persönlich nach Ansbach. Der Angeklagte Ruge hatte Baur ursprünglich als Privatsekretär in seinen Diensten, einen Posten, mit dem zugleich die Führung der von Ruge beabsichtigten Vereinigung entschlossener Männer zur Beseitigung von Schädlingen und Verrätern verbunden war. Baur war ganz in Ruge's Pläne eingeweiht, erwieß sich aber als leichtfertig und unzuverlässig, so daß der Herr Privatgelehrte Angst vor ihm bekam. Baur wurde nun seinerseits als Schädling bezeichnet, der um die Ecke gebracht werden müsse.

Für die verbrecherische Morbation trages nennt die Anklageschrift folgendes Beispiel: Bei einem Appell des „Blücherbundes“ am 18. Februar, an dem etwa

Tausend wurde auf Schwerte zu verurteilen sein. Der „Vorwärts“ brandmarkt das Vorgehen der Arbeitgeber als Vandalensverrat.

### Stilllegung der Berliner Straßenbahn.

Der Kellerausschuß der Berliner Stadtverordnetenversammlung sah am Mittwoch den Beschluß, den Berliner Straßenbahnbetrieb reibungslos stillzulegen. Dieser folgenschweren Entscheidung hat sich der Magistrat von Groß-Berlin am Donnerstag angelassen.

Die Berliner Straßenbahn erforderte in der letzten Zeit täglich einen Zuschuß von 60 Millionen Mark, den die Stadt nicht mehr weiter leisten kann, zumal das Reich mit seinem Steueranteil für die Reichshauptstadt auch im Vergangenen. Am Freitag wird deshalb sämtlichen 11 000 Straßenbahnern zum 7. September gekündigt werden. Vom 8. September ab soll dann die völlige Stilllegung erfolgen. Allerdings hofft man, daß die Einstellung des Betriebs nur für kurze Dauer zu erfolgen braucht. Man will die Straßenbahn in neuer Betriebsform, als städtische Aktien-Gesellschaft, wieder aufleben lassen. Ob und wie dieser Versuch unter den heutigen Verhältnissen gelingt, bleibt abzuwarten. Versucht werden soll u. a. noch, mit den anderen Groß-Berliner Verkehrsunternehmen, vor allem der von der Reichsbahn betriebenen Stadtbahn und der privaten Hochbahn, eine Tarifgemeinschaft zu bilden, um dadurch deren unwirtschaftliche Konkurrenz einzudämmen und für die Straßenbahn höhere Einnahmen zu ermöglichen.

### Englischer Finanzberater für Polen.

Es wird bestätigt, daß die polnische Regierung Mr. Gilton Young, Mitglied des englischen Parlaments und früherer Unterstaatssekretär im britischen Finanzministerium, eingeladen hat, das Amt eines Finanzberaters des polnischen Kabinetts zu übernehmen. Mr. Young hat sich zu dieser Einladung noch nicht ausgesprochen.

30 junge Leute, darunter auch Realisierer, anwesend waren, erklärte Ruge: Deutschland könne nicht wieder hochkommen, wenn nicht zuerst die Verräter bestraft würden. In diesen gehörten in erster Linie die Juden; jeder der Versammlungsteilnehmer müsse sich einen einflußreichen Juden aufs Korn nehmen und ihn an dem Tage vor der unmitteibar bevorstehenden Aktion erledigen. Jeder solle an Stelle des Abendgebetes täglich neun den Vorkast lassen, nicht zu ruhen und nicht zu rauchen, bis der betreffende Jude gelötet sei.“ Dielem Appell hat auch Zwenaur anwesend, und da Ruge und Johann Berger die folgenden Tage (15., 16., 17. Februar) immer größere Furcht vor Baur bekamen und zwischen ihnen darauf heftige Unterredungen stattgefunden haben, so nimmt die Anklage an, daß die beiden damals die gemaltene Beiseitigung Baur's beschlossen haben. Nach der Anklageschrift handelt es sich also um einen planmäßig vorbereiteten Mord.

Die erste Vernehmung des Angeklagten Johann Berger ergab keine nennenswerten Gesichtspunkte. Er erklärte, daß er den Baur seit Mitte Januar gekannt und von seiner Beteiligung am Mathematik-Mord gewußt habe, ebenso von seinen Plänen gegen Scheidemann. Den Mörder Zwenaur lernte er Anfang Februar kennen, als dieser ihm im „Blücherbund“ zugeführt wurde. Der Angeklagte bestritt jede Schuld an der Ermordung Baur's.

Der Mörder Zwenaur hatte unpräzise Mitteilungen werden sollen, wurde während des Krieges bei der Marine in Kiel für den U-Boot-Dienst ausgebildet. Seit fünf Jahren studiert er Forstwirtschaft in München, ohne sich politisch zu betätigen. Diese Betätigung begann erst Anfang Februar mit seiner Einführung in den „Blücherbund“, wo er der 2. Kompanie zugeteilt wurde. Er fühlte sich hier sehr bald heimisch, besonders in der Nordatmosphäre des Dr. Ruge, zu der auch Baur gehörte. Zusammen mit diesem und einem gewissen Stroebel, der heute in französischer Gefangenschaft ist, sollte zunächst ein Attentat auf Smeets und Dornin im besetzten Gebiet ausgeführt werden, da nach der Ansicht Baur's dadurch sehr viel Geld zu verdienen sei. Baur behandelte den Zwenaur stets als Untergebenen.

Das Verhör Zwenaur's gestaltete sich überaus schwierig und erforderte vom Vorsitzenden ein unglaubliches Maß von Geduld, denn der Mörder versuchte stets, sich nicht mehr erinnern zu können. Besonders von dem Ereignissen unmittelbar vor der Tat und nachher will er gar nichts mehr wissen, obwohl er bei der protokolllarischen Vernehmung eine ganze Reihe wichtiger Aussagen zu machen mußte, die mit den Aussagen der anderen Angeklagten übereinstimmen. Bei dem eingehenden Kreuzverhör verwickelte er sich aber in eine Reihe von scharfen Widersprüchen. Wiederholt versuchte der Vorsitzende durch väterliche Ermahnungen den Mörder zu einem Bekenntnis zu bewegen. Aber er reagierte nur mit Tränen und Schluchzen. Man hat den Eindruck, daß der Angeklagte Zwenaur, der an sich eine weiche Natur ist, im Laufe der Verhandlung und auf Grund der schwerbelastenden Zeugnisaussagen noch zu einem Geständnis zu bewegen sein wird. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß er den letzten Rest von Rohvergehrsam ablegt, von dem er offenbar gegenüber seinen Vorgesetzten im „Blücherbund“ befreit ist. Bis zu einem gewissen Grad ist Zwenaur weisheitslos als Werkzeug der rücksichtslos über seinen abgehenden Ruge, Berger und Komorien zu beurteilen. Wenn sich aber im Laufe der Verhandlung kein weiterer Beweis für die Konstruktion des Staatsanwalts ergibt, so werden auch hier wieder die gefährlichen und verbrecherischen Einflüsse freiliegen, während das Verhör wegen des Totschlags verurteilt wird. Der Prozeß wird voraussichtlich noch diese ganze Woche in Anspruch nehmen.

# Die schwarz-weiß-rote Pest im ehemaligen Spartakusbund.

Unter dieser Überschrift schreibt Franz Pfemfert in der linksradikalen, der N. N. nahestandenden Zeitschrift, Die Aktion:

Sie verschauern den internationalen Klassenkampf, sie verschauern die Heldengraber der Revolution, sie werden sich selber verkaufen, die Geschäftspolitiker, die jetzt die SPD auf den Weg ins Nichts geführt haben. Sie werden vor keiner Säurerei, vor keinem Rubentück zurückweichen. Sie werden sich mit Wilhelmplatz, mit Hitler und mit dem Knüttelkumpel, mit Pudens und mit der Kulturliga, mit der Deutschen Tageszeitung und mit dem indifferentschen „Hammer“ zu verständigen suchen. Sie beweißen Schlageter und applaudieren den Helden der Schwarzen Hundert Germania, den Stadler und Linter, und alles aus der Hand, durch irgendeine Koalition die Gewalttätigkeit der Volkswirtschaft international zu tragen. In den Studentenvereinen in Berlin, Med. d. T. V., in denen die Antisemitischen meist in gründlicher Besessenheit das Ende der Kaiserzeit, der schrecklichen Zeit herbeizugreifen suchen, sind Handzettel folgenden Inhalts seitens herumgereicht worden:

Mittwoch, den 23. Juli 1928, abends 7 Uhr, Aula, im Dortheuerstädtischen Realgymnasium, Dortheuerstraße 12

Tagesordnung:  
Wahrlich Schlageter?

Kommunismus, Nationalismus und die politische Entwicklung der Studenten  
Referent: Genosse Ruth Fischer.

Studenten! Studentinnen!

Verpflichtet euch Klarheit über die Wege des revolutionären Freiheitskampfes. Wir wollen besonders die vorkommenden Gegner auf die unbedenklichste Diskussionsmöglichkeit aufmerksam machen.

Ein Zufall hatte auch mir die Einladung in die Aula gebracht, und so bin ich Ehren- und Augenzeuge der demagogischen Veranstaltung geworden, die vor patriotisch geilen Hörern, vor verpöhlungsbegeisterten, reichen Junkern und Bürgerproklungen, von der Linken Ruth Fischer angeführt worden ist.

Das Wort „Provision“ ist zur Kennzeichnung des Meierers nicht verwendbar, denn das Wort wurde die Schandtat beschönigen und jene armen Mädchen einverleiben, die durch die kapitalistische Weltanschauung gesungen sind, in Ermangelung anderer Ware ihren Körper feilzubieten. Was Frau Ruth Fischer namens der Generäle der SPD, an jener Abend vollbrachte, war eine unerschütterliche, ekelerregende, politische Säuererei und ein verwerfliches Anpöhlerei und Hochherrigen blödsinniger Masseninjektion.

Dass die Fischer sich von proletarischen Zuhörern unbeliebt machte, ergab Ausführungen, die zu eindeutig waren, um nicht aufzuheben zu werden. Die Fischer wandte sich an die „Helden“, die wie Schlageter, bereit sind, auf dem Altar des Vaterlandes für Freiheit und Volk ihr Leben zu opfern. Sie bekehrte diesen „Helden“: Das Deutsche Reich, die deutsche Kulturgemeinschaft, die Einheit der Nation können nur gerettet werden, wenn Sie, meine Herren von der demokratischen Seite, erkennen, dass Sie gemeinsam kämpfen müssen mit den Massen, die in der kommunistischen Partei organisiert sind.“ Sie rufen auf gegen das Judenkapital, meine Herren? Wer gegen das Judenkapital kämpft, meine Herren, ist schon Klassenkämpfer, auch wenn er es nicht weiß. Sie sind gegen das Judenkapital und wollen die Herrenschöcker niederdrücken. Macht so. Treibt die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Galgen, zerschmetzelt sie. Aber, meine Herren, wie stehen Sie zu den Großkapitalisten, den Brünck, Müldner...? „Nationale Bewegung...“ „Wieder aufstehendes Deutschland.“ „Meine Herren, wir zeigen Ihnen den positiven Weg zum Befreiungskampf gegen den französischen Imperialismus. Dieser französische Imperialismus ist jetzt die

größte Gefahr der Welt. Frankreich ist das Land der Revolution.“ „Nur im Bunde mit Russland, meine Herren von der völkischen Seite, kann das deutsche Volk den französischen Kapitalismus aus dem Ruhrgebiet hinausschaffen.“ „Machtspolitik gehen, ist das Mittel und die Lösung der Ausweg, den jeder auf eine Rettung Deutschlands bedachte Mensch gehen muß.“ „Unser deutsches Vaterland.“ „Die deutsche Einheit.“ Und als Schlusswort: „Gegen den französischen Imperialismus.“

Es war nur zu verständlich, daß die antisemitischen Weisheitsräte aus dem Ebnenfeld in der Diskussion „Bräulein Ruth Fischer“ für solche Befundung echt völkischer Gesinnung“ mit Komplimenten verlor. Und als später der Parteikommunist Dr. Rosenberg den Deutschvölkischen noch erklärte, zwar könnte die SPD, mit einer langen Werdliste anwarten, aber die Vergangenheit solle begraben bleiben, es gelte jetzt, die einigenden Dinge zu betonen, da werden nicht wenige Zuhörer mit Schmunzeln an den Kameraden Vogel, an die Marburger Studenten und an andere Arbeitermörder gedacht haben.

Die schwarz-weiß-rote Pest in der SPD ist eine Gefahr für den internationalen Kampf des Proletariats! Wer, als Vorkämpfer einer Arbeiterpartei, mit den „Völkischen“ gegen „französische Fremdherrschaft“ fecht, heft damit auch die Arbeiter der übrigen Länder in die Arme des Nationalismus!

Die Kader, Kröblich, Ruth Fischer und Konsorten müssen, falls die Schlagetergarde sie verurteilen sollte, von dem kommenden Revolutionärtribunal abgeurteilt werden! Franz Pfemfert.

## Unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Der Dehme-Prozess.

Unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Richter begann vor dem Reichsgericht Mittwoch die Verhandlung gegen den Schriftsteller Walter Dehme in Berlin, der wegen Hochverrats angeklagt ist. Der Hochverrat wird befaßtlich darin gefunden, daß Dehme in den Jahren 1921 bis 1923 verweigert Nachrichten ins Ausland gelangen ließ, deren Geheimhaltung für das Wohl des deutschen Volkes erforderlich ist. Die Verurteilung liegt in den Händen des Justizrats Dr. Bernauer und des Rechtsanwalts Dr. Voss. Der Reichsanwalt beantragte Ausschluß der Öffentlichkeit, die Verteidiger bestanden diesen Antrag und verlangten mindestens die Zulassung der Pressevertreter. Dr. Voss gibt zu, daß bei einem ganz geringen Teil der Angelegenheiten der Ausschluß der Öffentlichkeit zu verfügen ist. In seiner Gesamtheit verläßt der Prozess aber eine Verhandlung im vollen Sinne der Öffentlichkeit. Er und Justizrat Dr. Bernauer fordern aber, daß, wenn die Öffentlichkeit ganz oder teilweise ausgeschlossen wurde, doch der Presse gestattet werde, der Verhandlung beizuwohnen. Dr. Voss verweist auf den Prozess Rechenbach, der eine Parallele zu diesem Prozess sei, und in dem der Presse die Teilnahme an den Verhandlungen gestattet wurde. Der Angeklagte Dehme erklärt, daß für ihn ein wesentlicher Interesse darin bestehe, daß in voller Öffentlichkeit verhandelt werde.

Nachdem der Gerichtshof sich zu früherer Beratung zurückgezogen habe, verfaßt Senatspräsident Dr. Richter folgenden Bescheid: Die Öffentlichkeit wird für die Dauer der Verhandlung wegen Beschädigung der Staatssicherheit ausgeschlossen. Das Gericht ist aber noch weiter strengere Maßnahmen an der Verhandlung teilnehmenden Personen mit zur Pflicht gemacht, strengste Geheimhaltung zu wahren. Der dieses Schweigeverbot bricht, macht sich strafbar. Einvernehmlich hat das Gericht anerkannt können, daß den Vertretern der Presse die Teilnahme an den Verhandlungen zu gewähren sei. Nur den Vertretern der Regierungen und dem Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons wird gekannt, den Prozess beizuwohnen. Hiermit wird der Saal geräumt.

## Hermes — Direktor bei Krupp.

Unter den Ministern des Kabinetts Cuno, die mit der übertriebenen Behauptung von der politischen Szene verschwunden sind, nimmt Reichsfinanzminister Dr. Hermes entschieden die erste Stelle ein. Hermes hat er und sein Ministerium in den letzten Monaten die Finanzen des Reiches in den Augen der Welt und die finanzielle Lage des Reiches vertrauensvoll Herrn Cuno überlassen. Dieser behauptet die Integrität mit herrschenden Ansichten, daß es für die Wehrkraft der Reichswehr eine große war, Nachrichten zu führen. Der Entschluß für das deutsche Reich und das deutsche Volk über die Wehrkraft nicht aus, aber zu dem Kriegs- und Wehr-

Ministerium gestimmt sind die Wehrkraftsgewinnler in reicher Zahl. Wohlwollend sah Herr Hermes dieser Entwicklung zu. Jetzt scheint ihm der verdient Lohn der Induzierte zu winken: die Firma Krupp hat ihm nach seinem Abgang als Minister den Posten eines Direktors angeboten.

## Syndikalistische Sonderbündler.

In Ludwigschafen kam es bei der Verteilung eines Flugblattes des Na-Bundes, der SPD, und der KPD, gegen die Postrevisionsbestrebungen der syndikalistischen Separatisten, die eine stark besuchte Versammlung aus dem ganzen besetzten Gebiet abhielten, vor dem Tagungsort zu Zusammenstößen, wobei ein Kommunist von den Syndikalisten zu geschlagen wurde, daß er bewusstlos liegen blieb. Darauf wurde von mehreren hundert Syndikalisten, die noch durch Zufahren von Arbeitlosen verstärkt wurden, das Bureau des Chemischen Industrieverbandes demoliert und unter weiteren Zerschmetterungen ein Verhafteter aus der Postzirkulation befreit. Bescheidend ist, daß einer der Führer des sogenannten revolutionären Aktionsausschusses ein gewisser Bischof ist, der schon früher für die freie Pfalzbewegung eingetreten ist.

## Kanzler-Kurse.

Den folgenden interessanten „Reichskanzler-Kurszettel“, veröffentlicht die „B. Z. am Mittag“:

Person	1909	1910	1911	1912	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921	1922	1923	1924	1925	1926	1927	1928
Bethmann-Hollweg	14. 7. 17	2. 11. 17	7. 10	8. —	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dr. Michaelis	3. 11. 17	3. 10. 18	8. —	7. 55	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Graf Hertling	3. 10. 18	9. 11. 18	7. 55	7. 15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wag von Baden	9. 11. 18	13. 2. 19	7. 15	9. —	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bolksbeauftragte	13. 2. 19	22. 6. 19	9. —	13. 25	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Scheidemann	22. 6. 19	27. 3. 20	13. 25	73. —	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bauer	27. 3. 20	21. 6. 20	73. —	37. —	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hermann Müller	21. 6. 20	10. 5. 21	37. —	64. —	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Fehrenbach	10. 5. 21	21. 11. 22	64. —	6159. —	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wirth	21. 11. 22	12. 8. 23	6159	3900000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Cuno																				

Danach war die Kanzlerschaft des Sozialdemokraten Hermann Müller nach dem Rapp-Putsch die erfolgreichste, denn unter seiner Regierung ging der Dollar auf die Hälfte des von seinem Vorgänger übernommenen Standes zurück. Mit dem deutschvolkspartheilichen „Fachsminister“ Cuno kann keiner seiner Vorgänger auch nur annähernd rivalisieren.

Der in Preußen aufgelöste Reichsausschuss der deutschen Betriebsräte hat seinen Sitz von Berlin nach Thüringen verlegt, wo er seine Tätigkeit fortsetzen soll.

Verbot des kommunistischen Parteitages. Die mittelhessische Regierung hat den zum 25. und 26. August nach Stuttgart einberufenen Bezirksparteitag der KPD. verboten.

Geraubte Milliarden. Nach einer Spava-Meldung aus Düsseldorf sind gestern in Mainz 84 Millionen, in Werden 50 Milliarden, in Ludwigschafen 40 Milliarden, in Landau 8 Milliarden und in Speyer 436 Millionen weggenommen worden. In Mayen sei die Summe von 1 1/2 Milliarden aus der Sparkasse weggenommen worden als Zahlung einer Kontribution von 5700 Franken, die der Eisenbahnregie infolge der im Kreis Mayen am 25. Juni angeblich begangenen Sabotageakte zugesprochen worden wären.

Die Verkehrsperre im Ruhrgebiet soll am 25. August noch stärker gehandhabt werden. Die Herausgabe neuer Pässe soll bevorzugen. Im Bereich der 49. französischen Infanteriedivision gelten ab 23. August nur noch die Pässe für die Einreise; für die Ausreise werden keine mehr ausgestellt.

Die Betriebsvertretung der Reichsbruderei hat sich gestern mit der Maßregelung des Betriebsratsobmannes der Reichsbank Großmann befaßt und beschlossen, das Reichskabinett, die Spitzengewerkschaften und die Direktion der Reichsbruderei aufzufordern, die sofortige Zurücknahme der Maßregelung zu veranlassen. Ueber das Ergebnis dieser Schritte wird in einer am Sonnabend stattfindenden Konferenz der Funktionäre aller Reichsbrudereien berichtet werden, in der gegebenenfalls weitere Beschlüsse gefaßt werden sollen.

## Rica.

Von Herrn...

Die Hauptstadt des kleinen Staates, San Pedro de Macoris. Die Stadt ist ein Zentrum der Zuckerindustrie. Die Zuckerfabriken sind in der Umgebung der Stadt verteilt. Die Zuckerindustrie ist die wichtigste Industrie des Landes. Die Zuckerfabriken produzieren Zucker, der in den Weltmärkten abgesetzt wird. Die Zuckerindustrie ist die wichtigste Industrie des Landes. Die Zuckerfabriken produzieren Zucker, der in den Weltmärkten abgesetzt wird. Die Zuckerindustrie ist die wichtigste Industrie des Landes. Die Zuckerfabriken produzieren Zucker, der in den Weltmärkten abgesetzt wird.

Die Zuckerindustrie ist die wichtigste Industrie des Landes. Die Zuckerfabriken produzieren Zucker, der in den Weltmärkten abgesetzt wird. Die Zuckerindustrie ist die wichtigste Industrie des Landes. Die Zuckerfabriken produzieren Zucker, der in den Weltmärkten abgesetzt wird. Die Zuckerindustrie ist die wichtigste Industrie des Landes. Die Zuckerfabriken produzieren Zucker, der in den Weltmärkten abgesetzt wird.

Die Zuckerindustrie ist die wichtigste Industrie des Landes. Die Zuckerfabriken produzieren Zucker, der in den Weltmärkten abgesetzt wird. Die Zuckerindustrie ist die wichtigste Industrie des Landes. Die Zuckerfabriken produzieren Zucker, der in den Weltmärkten abgesetzt wird. Die Zuckerindustrie ist die wichtigste Industrie des Landes. Die Zuckerfabriken produzieren Zucker, der in den Weltmärkten abgesetzt wird.

Die Zuckerindustrie ist die wichtigste Industrie des Landes. Die Zuckerfabriken produzieren Zucker, der in den Weltmärkten abgesetzt wird. Die Zuckerindustrie ist die wichtigste Industrie des Landes. Die Zuckerfabriken produzieren Zucker, der in den Weltmärkten abgesetzt wird. Die Zuckerindustrie ist die wichtigste Industrie des Landes. Die Zuckerfabriken produzieren Zucker, der in den Weltmärkten abgesetzt wird.

Die Zuckerindustrie ist die wichtigste Industrie des Landes. Die Zuckerfabriken produzieren Zucker, der in den Weltmärkten abgesetzt wird. Die Zuckerindustrie ist die wichtigste Industrie des Landes. Die Zuckerfabriken produzieren Zucker, der in den Weltmärkten abgesetzt wird. Die Zuckerindustrie ist die wichtigste Industrie des Landes. Die Zuckerfabriken produzieren Zucker, der in den Weltmärkten abgesetzt wird.

Die Zuckerindustrie ist die wichtigste Industrie des Landes. Die Zuckerfabriken produzieren Zucker, der in den Weltmärkten abgesetzt wird. Die Zuckerindustrie ist die wichtigste Industrie des Landes. Die Zuckerfabriken produzieren Zucker, der in den Weltmärkten abgesetzt wird. Die Zuckerindustrie ist die wichtigste Industrie des Landes. Die Zuckerfabriken produzieren Zucker, der in den Weltmärkten abgesetzt wird.

# Die Goldmarkrechnung im Kleinhandel.

## Wertbeständige Postgebühren. — Ein reaktionäres Schulunterhaltungsgesetz.

Nach Eröffnung des nur spärlich besetzten Hauses vertrieb der Volkstag in seiner gestrigen Sitzung zunächst den Gesetzentwurf über die Erhöhung der Gütertarife an den Haushaltsausschuss. Dann wurde der Gesetzentwurf über weitere Anpassung der Steuergebühren an die Geldentwertung in 2. und 3. Lesung debattenlos verabschiedet.

### Wertbeständige Postgebühren.

Anschließend daran wurden die Gesetzentwürfe des Senats, die wertbeständige Gebühren für den Fernsprechtarif, Post-, Postfach- und Telegraphenverkehr fordern, beraten. Der deutschnationalen Abg. Philippson trug dabei das schon so oft gehörte Sprüchlein vor: Die Gebührenerhöhung war eine schwere Belastung für die Bevölkerung, aber das sei bei den heutigen Verhältnissen unvermeidlich.

Abg. Gen. Nahn hob an dem Vorschlag des Gesetzentwurfs, daß die Induzierung der Wertmesser für die vorstehend genannten Gebühren sein soll, scharfe Kritik. Die Induzierung würden abzüglich zum Schaden der Lohn- und Gehaltsempfänger geführt. Nur der Dollarkurs sei der richtige Maßstab für die Geldentwertung. Redner beantragte deshalb die Postgebühren nach dem Dollarkurs vom 1. und 16. eines jeden Monats festzusetzen, fand damit bei den bürgerlichen Parteien keine Gegenseite. Beide Gesetzentwürfe wurden unverändert in 2. und 3. Lesung vom Bürgerblock angenommen.

Während bisher bei Notgeldgesetzentwürfen in Kundentagen Debatten für und Wider erzwungen wurde, wurde diesmal die Ausgabe von weitemer Notgeld in 2. und 3. Lesung ohne Aussprache beschlossen. Beschäftigt wurden aber die Verhandlungen, als der sozialdemokratische Antrag auf

### Einführung der Goldmarkrechnung im Einzelhandel

zur Beratung kam. Abg. Gen. Nahn wies bei der Begründung des Antrages auf die skandalösen Zustände auf dem Warenmarkt hin, die unbedingt gesetzgeberische Maßnahmen notwendig machen. Eigenartige Geschäftsgewohnheiten hätten sich herausgebildet. In der Kalkulation der Kaufleute herrsche völliger Wirrwarr. Wenn der Dollar steigt, würden auch sofort die Warenpreise heraufgesetzt, von einer Herabsetzung der Warenpreise bei sinkendem Dollar sei jedoch nichts zu erwarten. Insbesondere die Fleischpreise seien überhöht. Zeitweise hätten die Danziger Fleischpreise um 100 Prozent höher gelegen als im benachbarten Danziger. Deshalb verlange die sozialdemokratische Fraktion die Einführung eines gesetzlichen Multiplikators, um dem Publikum die Möglichkeit zur Prüfung der Preise zu geben. Die Preise sollen in Goldmark festgesetzt werden, die dann mit dem täglichen Multiplikator, der sich nach dem Dollarkurs richtet, vervielfältigt werden soll. Dadurch werde auch ein Vergleich mit den Friedenspreisen möglich, die Geschäftswelt würde zur gründlichen Kalkulation erzwungen und der Wucherpolizei die Arbeit erleichtert. Durch die Einführung dieses Systems werde vornehmlich der unredliche Handel getroffen. Der Großhandel frant in das Gesetz nicht einbezogen werden, weil er ohnehin schon ausschließlich in Dollar die Preise festsetze.

Obwohl das vorgeschlagene System in verschiedenen Danziger Geschäften bereits eingeführt ist, erklärte der Abg. Dr. Eppich von der Deutschen Partei, daß der sozialdemokratische Vorschlag unüberwindlich sei. (Zuruf links: Wir werden im Anschluß das Gegenteil beweisen!) Es wäre schwierig, den täglich wechselnden Multiplikator allen Interessenten bekannt zu geben. Viele Ausstritten würden auch mit diesen Rechenaufgaben nicht fertig werden. (Widerpruch links.) Die kleinen Geschäfte würden bei sinkendem Dollarkurs ausverkauft, ohne in der Lage zu sein, die Einnahmen sofort wertbeständig anzulegen. Preise, die den Friedensstand noch nicht erreicht hätten, würden bei dieser Preisberechnung verteuert werden. Die Ausführungen des Redners fanden auf der linken oft lebhaften Widerspruch, es kam zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Redner und dem Abg. Gen. Nahn, bei der sich beide Ordnungsrufe holten. Die Deutschnationalen schickten keinen Redner vor, Zwischenrufe zeigten aber, daß sie mit den Ausführungen Dr. Eppichs einverstanden waren.

### Wie gewuchert wird.

Abg. Gen. Grünhagen ging dann auf die wilde Preisgestaltung näher ein und gab zahlenmäßige Belege dafür. Bei einem Dollarkurs von 62 Millionen Mark sei ein Preis von 969 000 Mark für ein Pfund Schokolade angemessen gewesen. Tatsächlich sei aber das Schokolade an diesem Tage in den bekannten großen Kollereien mit 1 050 000 Mark verkauft worden, ein Preis, der nicht berechtigt war. An zwei Offerten für weißen Pfeffer zeigte Redner unterschiedliche Preisforderungen. Die eine Firma verlangte pro Zentner 20,25 Dollar, eine Danziger Firma jedoch 23,50 Dollar. Bei schwarzem Pfeffer betrug der Unterschied ebenfalls 7 Dollar pro Zentner. Bei Einführung des geltenden Multiplikators seien solche Preisunterschiede nicht möglich, weil die Konkurrenz ausgleichend wirke. Die meisten Waren hätten schon den Goldpreis erreicht, für Schuhreparaturen würden sogar Preise gefordert, die die Friedenspreise weit übersteigen. Wer die Bekämpfung des Wuchers wünsche, müsse dem sozialdemokratischen Antrage zustimmen.

Die Debatte war damit geschlossen. Gegen die Stimmen der Deutschnationalen wurde beschlossen, den Antrag dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

### Das Schulunterhaltungsgesetz

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung. Angesichts der überaus schwachen Besetzung des Hauses, auch auf den Senatssitzen herrschte eine Leere, stellte Abg. Gen. Eppich den Antrag, das Schulunterhaltungsgesetz von der Tagesordnung abzusehen. Die Mehrheit beschloß aber, in die Beratung einzutreten, die dann auch vor leeren Bänken und im halbhellen Saal erfolgte, da die elektrische Halbdunkelung zum großen Teil verlagte. Das wörtliche Halbdunkel paßte zwar vorzüglich zu dem reaktionären Gesetz, erschwerte aber die Verständigung außerordentlich.

Senator Dr. Strauß gab sich rechtlich Mühe, den Gesetzentwurf zu begründen. Die Regelung der Schulverhältnisse im Preussentum beruhe im wesentlichen noch auf einem preussischen Gesetz vom Jahre 1845, da das Schulgesetz von 1906 aus nationalpolitischen Gründen in Brandenburg und Polen nicht durchgeführt wurde. Dadurch erklärte sich das Bedürfnis nach einer grundsätzlichen Neuordnung des Schulwesens. Auch die Rechtsunsicherheit bezüglich der Verteilung der Volksschulklassen sei unerträglich. Die Lehrer würden durch das neue Gesetz zu Staatsbeamten gemacht. Es umfasse alle Schulgattungen und sei in ein Einheitsgesetz zu bringen. Das die Verteilung der Klassen betreffe, so mache der Gesetzentwurf den Vorschlag, daß die persönlichen Ausgaben für die Volksschulen der Staat, die sachlichen die Gemeinden tragen. Redner gab dann einen Ueberblick über die Einzelbestimmungen für die verschiedenen Schulgattungen. Zum Schluß seiner Ausführungen erklärte Senator Dr. Strauß, daß der Gesetzentwurf eine allseitige Befriedigung nicht hervorrufen werde. Es komme darauf an, einen befriedigenden Ausgleich zu finden, der die Interessen der

Schule fördere. Höhere Klassen, als im Gesetzentwurf vorgesehen seien, könne der Staat bei den gegenwärtigen Verhältnissen nicht tragen.

Abg. Gen. Beyer machte die Deutsche Partei für die Unzulänglichkeit des vorliegenden Gesetzentwurfes mit verantwortlich, weil der Schulsenator ihr angehört. Von einem neuen Gesetz könne gar keine Rede sein, die meisten Paragraphen seien wörtlich von dem preussischen Gesetz von 1906 abgeschrieben worden. Was zwischen 1906 und 1923 vorgegangen, sei nicht im geringsten berücksichtigt worden. Bei den Vorarbeiten zu diesem Gesetz habe man die kleinen Gemeinden nicht gehört. Die Lehrer seien zwar gehört, ihre Vorschläge jedoch nicht beachtet worden. Unberücksichtigt geblieben sei auch das Bestreben der Lehrer von der Verteilung von der geistlichen Schulaufsicht. Durch das Gesetz wehe der Geist der Reaktion. Für die sozialdemokratische Fraktion sei es unannehmbar.

Abg. Dr. Treichel (Dm.) war mit der Gesetzwirkung im allgemeinen einverstanden, während der deutschparteiliche Abg. Friedrich scharfe Kritik an der Vorlage übte. Er wandte sich vor allem gegen die geistliche Schulaufsicht und stellte fest, daß man die Wünsche der Lehrer nicht beachtete, wohl aber die der kirchlichen Behörden. Der Gesetzentwurf bedeute eine gewaltige Enttäuschung, er werde von diesem Volkstag wohl kaum verabschiedet werden. Das Zentrum ließ durch den Abg. Weiß erklären, daß es im großen und ganzen mit der Vorlage einverstanden sei, es verlange aber, daß grundlegende Bestimmungen über den Charakter der Schule darin aufgenommen werden.

Senator Dr. Strauß erklärte, daß dieser Gesetzentwurf nicht seine persönliche Ansicht zum Ausdruck bringe. Er habe die Politik des Gesamtstaats zu vertreten.

Gegen 7 Uhr brachte Abg. Gen. Matzkewitz erneut einen Vertagungsantrag ein, der auch angenommen wurde. Die nächste Sitzung findet am Mittwoch nächster Woche statt.

## Ausgleichsversuche im Arztstreik.

### Erhebung von Sonderbeiträgen der Krankenkassen.

Der Senat hat dem Volkstag einen Gesetzentwurf über Erhebung von Sonderbeiträgen zur Krankenversicherung zugehen lassen. Der Entwurf umfaßt nur vier Paragraphen. Im wesentlichen bestimmen diese: Die Arbeitgeber haben diese Beiträge für ihre Versicherungspflichtigen spätestens an dem der Lohnzahlung folgenden Tage bei der Kasse einzuzahlen. Arbeitgeber und Versicherungsbesitzende, die diesen Vorschriften zuwiderhandeln, können vom Versicherungsamt auf Antrag des Kassenvorstandes mit einer Ordnungstrafe bis zu 300 000 Mark bestraft werden. Daneben kann das Versicherungsamt dem Beiratsrat die Zahlung des Eintrages der rückständigen Beiträge auferlegen. Dieses Gesetz soll mit dem Tage der Verkündung in Kraft treten.

Die Einführung von Sonderbeiträgen in der Krankenversicherung geht auf die augenblicklichen Verhältnisse der Krankenkassen zurück. Nach der Begründung des Gesetzentwurfes sollen die Sonderbeiträge dazu dienen, die von den Ärzten, Zahnärzten und Apothekern eingeleitete Kreditverweigerung zum Abschluß zu bringen. Eine der Hauptforderungen dieser Berufsstände ist die Leistung einer Abschlagszahlung für den laufenden Monat, mindestens in Höhe des für den vergangenen Monat festgestellten Honorars. Die augenblickliche wirtschaftliche Lage der Krankenkassen gestattet diese Vorauszahlungen jedoch nicht, zumal sie erst kürzlich die Leistungen für den Monat Juni erfüllt haben. Da die Beiträge den Krankenkassen erst nachträglich zufließen, sind die Krankenkassen nicht in der Lage, aus ihren laufenden Einnahmen den Betrag einmalig aufzubringen, der erforderlich ist, um die Forderung der genannten Berufsstände auf Zahlung einer Abschlagssumme für ihre Leistungen im laufenden Monat zu befriedigen. Darum soll den Krankenkassen einmalig die Erhebung einer außergewöhnlichen Einnahme gestattet werden, die sie in die Lage versetzt, der Forderung der Berufsstände auf Vorrichtung von Beiträgen und damit den zurzeit aufgehobenen Vertragszustand mit den Berufsständen der Heilbehandlung wieder herzustellen. Bei schneller Verabschiedung des Gesetzentwurfes werden die Krankenkassen nach der ersten Septemberwoche in den Besitz der notwendigen Mittel gelangen, um den Ärzten für den Monat September Abschlagszahlungen zu leisten und auch im übrigen ihren Mitgliedern die ihnen bisher gewährten Leistungen zu erhalten, selbst wenn eine durch fortwährende Geldentwertung bedingte weitere allgemeine Verteuerung der Heilbehandlung Platz greifen würde. In der Begründung heißt es zum Schluß, daß nicht verkannnt werde, daß die vorgeschlagene Maßnahme eine Belastung sowohl der Arbeitgeber wie auch der Arbeitnehmer mit sich bringe. Es sei jedoch dabei zu bedenken, daß es sich nur um eine vorübergehende einmalige Sonderbelastung handele. Die Gegenleistung der einmaligen Sonderbelastung liege in der dann wieder zu erwartenden völlig freien Heilbehandlung, die sowohl im Interesse der Arbeitnehmer wie auch der Arbeitgeber wünschenswert erscheine.

### Schupo gegen Lehrer und Beamte.

Ueber merkwürdige Zustände auf der Kammerkassene bei der geringen Zahlung der Beamten- und Lehrergehälter erhalten wir von einem Augenzeugen nachfolgende Schilderung:

Nachdem die Lehrer und Beamten tage- bis wochenlang auf ihre längst fälligen Gehälter warten mußten, indes die Forderung immer mehr wuchs, sollte gestern ein Teil der Nachzahlungen erfolgen. Das Bild, das sich hierbei bot, war nicht nur der Beamten- und Lehrerschaft unwürdig, sondern für die Beteiligten z. T. in höchstem Grade kränkend. Es ist selbstverständlich, daß bei den gegenwärtigen Verhältnissen jeder so bald wie möglich in den Besitz seines Geldes zu kommen trachtet. So war denn in den gestrigen Vormittagsstunden die Kammerkassene auch nicht im entferntesten den Anforderungen gewachsen. Man sah die Gehaltsempfänger bis in den Gang eng zusammengepresst stehen und hundlang auf das Gehalt warten, so daß man den Eindrud empfang, als ob es sich um Almosenempfänger handelte. Schließlich ging der Kassenvorkehrer sogar dazu über, Schupo und Schuklette gegen die Lehrer und Beamten zu mobilisieren. Als auch dieses nichts half, rief er rügend die Tür zu, so daß verschiedene, darunter auch weibliche Personen, unanständige Stöße gegen die Tür erhielten. Man fragt sich angesichts dieser Vorgänge, ob die städtische Verwaltung keine anderen Mittel und Wege finden sollte, den Angehörigen zu ihrem ausstehenden Gehältern auf reibungslose Art zu verhelfen. Jedenfalls sollte man eine Maßnahme, wie die Verwendung von Polizeimannschaften bei solchen Gelegenheiten unbedingt vermeiden.

## An unsere Leser!

Die Lage der Zeitungen hat sich katastrophal zuspitzt. Sie stehen vor der Frage, entweder eine neue Anpassung der Bezugspreise an die überstürzende Geldentwertung vorzunehmen oder ihre Betriebe aus Mangel an Mitteln, die zur Bestreitung der laufenden Ausgaben, Löhne, Gehälter, Betriebskosten dringend gebraucht werden, zu schließen. Im Reich hat die Regierung eingegriffen, um das Weitererhalten der Zeitungen durch Staatshilfe zu ermöglichen. In Danzig müssen sich die Zeitungen allein helfen. Sie können es nur, wenn sie ihre Einnahmen, die jetzt hauptsächlich nur aus den Abonnements fließen, der Geldentwertung anpassen. Im Reich sind die Zeitungen vielfach zu Wochenabonnements übergegangen. Auch in Danzig bleibt nur dieser Weg, um so mehr, als sich die Wirtschaft immer mehr auf die Goldmarkrechnung, die einen größeren Bedarf an Betriebsmitteln hervorruft, umstellt.

Für einen Monat im voraus lassen sich die Verhältnisse nicht übersehen. Soll am Anfang des Monats der Bezugspreis nicht zu hoch angesetzt werden, dann müssen am Ende des Monats eine oder mehrere Nachforderungen an die Leser gestellt werden. In diesem Monat müssen die Zeitungen, wenn sie ihr Erhalten nicht einstellen wollen, eine zweite Nachforderung erheben. Dieses System würde bei den Lesern naturgemäß auf Widerstand stoßen.

Der Verlag der „Danziger Volksstimme“ hat sich deshalb entschlossen, von Montag, den 27. August, an nur noch Wochenabonnements zuzulassen. Das Augustabonnement gilt mit dem 25. August als erloschen. Nachdem die Löhne und Gehälter nach Goldmark berechnet und nach dem wöchentlich festgesetzten Multiplikator in Papiermark gezahlt werden, ist auch der Abonnementspreis für die „Danziger Volksstimme“ auf

### 20 Goldpfennige pro Woche

festgesetzt. Dieser Preis wird mit dem jeweiligen Multiplikator der Löhne in Papiermark berechnet und auf volle 10 000 Mark abgerundet. Der Preis wird wöchentlich von den Trägerinnen im voraus fakturiert. Der Preis für die nächste Woche beträgt 20 Pfg. mal 19 218 gleich 384 360.— Mk., abgerundet 380 000 Mark. Für unsere Leser, welche für den Monat August den Betrag von 300 000 Mark voll eingezahlt haben, gelangen nur

900 000 Mark

für die Woche vom 27. 8.—1. 9. 23 zur Erhebung. Wir bitten unsere Leser, die Notlage unserer Zeitung einzusehen und diese zur weiteren Erhaltung unserer Betriebes notwendige Preisumstellung anzuerkennen. Wir hoffen, daß uns unsere Leser auch weiterhin die Treue bewahren werden.

Verlag der „Danziger Volksstimme“.

### Lohnabkommen der Eisenbahner.

Für die Zeit vom 13. bis 20. August sind folgende Stundenlöhne vereinbart worden: Gruppe 1: 365 000 Mark, Gruppe 2: 358 000 Mk., Gruppe 3: 351 000 Mark, Gruppe 4: 344 000 Mk., Gruppe 5: 337 000 Mk., Gruppe 6: 330 000 Mk., Gruppe 7: 316 000 Mk., Gruppe 8 a: 210 000 Mk., Gruppe 8 b: 238 000 Mk. An Zuschlägen werden gezahlt für kleine Familien (Verheiratete und 1 Kind, Witwer mit 3 Kindern) 1 Goldpfennig, für mittlere Familien (Verheiratete und 2 Kinder, Witwer mit 3 oder 4 Kindern) 2 Goldpfennige, große Familien (Verheiratete und 4 oder mehr Kinder, Witwer mit 5 oder mehr Kindern) 3 Goldpfennige, 1 Goldpfennig gleich 1 028 Mark. Kranke erhalten 1/2 und 80 Prozent des Lohnes. Der Beamtenszuschlag beträgt pro Stunde in Gruppe 1: zwei Achtel, in Gruppe 2: drei Achtel und in Gruppe 3: vier Achtel Goldpfennig pro Stunde.

Für die Lohnperiode vom 20. bis 27. August sind folgende Stundenlöhne für die obengenannten neun Gruppen vereinbart worden: 500 000 Mk., 490 000 Mk., 480 000 Mk., 471 000 Mk., 461 000 Mark, 452 000 Mark, 442 000 Mark, 388 000 Mk., 328 000 Mark. Für Soziallohn, Beamtenszuschlag, Krankengeld ist die gleiche Anzahl Goldpfennige festgesetzt. Er beträgt jedoch für diese Zeit 19 218 Mark. In Zukunft ist am Montag Wochenschluß und Abrechnungen. Die erste volle Abrechnung erfolgt am Montag nächster Woche. Am Dienstag erfolgt die Zahlung eines Vorzuschusses.

### Eine Freundin der Streikbrecher.

Der Landarbeiterstreik geht in unveränderter Schärfe weiter, nachdem sich die bisherigen Verhandlungen zerfallen haben. Die Besitzer und die Schupo fühlen sich als die Herren der Lage. Tagtäglich werden Hebergriffe gegen streikende Landarbeiter gemeldet. Die bittere Lohn muß deshalb eine kleine Anfrage der deutschparteilichen Frau Dr. Streume wirken, die vom Senat Aufklärung wünscht, wie er die Arbeitswilligen gegen die Hebergriffe Streikender zu schützen gedenkt. Eine Anfrage, die vollständig überflüssig ist, denn die Streikgebiete sind mit Schupo geradezu überflutet. Wenn die Abgeordnete weiter wegen der Ernte in Sorge ist, so mag sie sich an die Besitzer wenden, deren Halsstarrigkeit die Ursache des Streikes ist.

Nächtliche Schießerei. In der vergangenen Nacht zwischen 3 und 4 Uhr morgens kam es in der Breitgasse zwischen Personen, die aus einem Lokal heraustraten, zu einer Schießerei. Einer der Gänge wurde durch einen Revolvererschlag durch die Brust schwer verletzt. Der Täter, ein Zollbeamter, wurde verhaftet und in das Polizeigefängnis überführt. Der Verletzte, ein Kaufmann Wismuth, ist bereits heute morgen im Städtischen Krankenhaus gestorben.

Die Lage in dem Landarbeiterstreik ist zur Stunde noch unklar. Die von dem Senat unter Leitung von Senator Sieben-Giesau eingeleiteten Verhandlungen für den Kreis Danziger Höhe sind gescheitert, da die Besitzer ohne die Teilnahme der nicht am Streik beteiligten gelben Arbeitnehmersgruppe des Landbundes nicht verhandeln wollten. Am Kreis Großer Werder finden heute Verhandlungen in Tiegendorf statt. Für den Kreis Danziger Höhe will der Senat die abgebrochenen Verhandlungen wieder in Gang bringen.

### Standesamt vom 24. August 1923.

Todesfälle: E. des Stellmachermeisters Rudolf Barthel, 1 M. — Wächter Albert Blum, 66 J. 1 M. — E. des Arbeiters Walter Steinhöfer, 8 Wch. — Zollsekretär a. D. Hermann Braun, 67 J. 7 M. — Kaufmann Karl Julius Pauls, 47 J. 3 M. — Witwe Franzmann geb. Wojczechowski vorher verwitwet Liebke, 75 J. 1 M. — E. des Fleischergehilfen Ernst Lüdtke, 5 M.

### Devisenstand

(Neuachse um 13 Uhr mittags.)  
1 Dollar 4 500 000 Mk.,  
Pol. Mk. 18,50 Mk., 1 engl. Pfd. 20 450 000 Mk.

Die erste Sitzung des Finanzrats

Die erste Sitzung des Finanzrats fand gestern vormittag im Senatsgebäude statt. Nach einigen Begrüßungswörtern des Senatspräsidenten...

Diese Mahnung war vielleicht nicht unangebracht, da sich der Finanzrat fast ausschließlich aus Bürokraten zusammensetzt...

Die Besetzungen des Finanzrats sind nicht öffentlich.

Die Herausgabe von 1 1/2 Billionen Mark Notgeld ist entsprechend der Vorlage des Senats in der letzten Sitzung des Hauptausschusses von den bürgerlichen Parteien beschlossen.

Wegen mehrfacher Diebstahlsfälle hatte sich der taubstumme Arbeiter Ernst H. aus Bürgerweiden vor dem Schöffengericht zu verantworten...

Arbeiter-Sportfest in Reichelsmünde. Am Sonntag, den 24. August, besuchte die Schwerkatholik-Vereinigung Danzig...

Das Programm der Jugendfeier. Am 24. August, die die Gemeindeführer erwerbend. Am Abend - Freitag - abend 7 1/2 Uhr in dem städtischen Gymnasium...

Schule und Fußballspiel. Ueber dieses Thema wird am Freitag, den 24. d. Mts., nachmittags 5 Uhr im Singaal der Reichshalle...

Kinderwanderung der Naturfreunde. Am kommenden Sonntag, den 26. August, veranstaltet der Touristenverein 'Die Naturfreunde'...

Aus dem Osten.

Elbing. Die Errichtung einer Maschinenbauschule. Zwischen den preussischen Hauptstädten Danzberg und Elbing ist ein großer Streit um den Sitz der zu errichtenden ostpreussischen Maschinenbauschule entbrannt...

Vilna. Amerikanischer Flottenbesuch. Das Flaggschiff der Atlantischen Flotte 'Vittsburg' wird bei seiner halbjährigen Reise, bei der es nach Kiel beifahrt, am 28. August den Hafen von Vilna anlaufen...

Sellberg. Die Auflösung des Rüstlingslagers soll am 1. Oktober erfolgen, nachdem es am 1. Juli aus den Händen des roten Kreuzes wieder an den Staat übergegangen war...

Aus aller Welt.

Konkurrenz auf der See. In einem Urteil zweiter Instanz des Schöngesetzes Berlin-Amsterdam wurde vor allem nach Prüfung der Stationen Rheine und Salzbergen durch zwei Seiten ein Heberfall auf eine holländische Dampfschiffe verurteilt...

Wittenerleben zweier Griechen. Eine in Sellbad zur Zeit weilende Dame aus Griechenland ist das Opfer eines Konkurrenten ihrer eigenen Konkurrentin geworden...

den Pension Wahrung genommen. In einem günstigen Augenblick fielen sie über ihre Gaudiumin her, fesselten sie und raubten ihr dann 150 engl. Pfund, 200 Franken, 20 Dollar, 1185 Proqramen und 350 Linar...

Der ladierte Goldfuchs. Wie die Pferde die es verstehen, ihre Beute den Blicken der Kriminalbeamten zu entziehen und unkenntlich zu machen, zeigen die Irrfahrten eines gestohlenen Goldfuchses...

Der Brikkettpreis als Gradmesser für Geldstrafen. Die Geldentwertung nötigt auch die Gerichte, einen andern Wertmesser für die an Stelle von Gefängnisstrafen aufzuerlegenden Bußen zu suchen...

Die Schlange im Moorbad. In einem Badehotel in Bad Mülling ereignete sich dieser Tage eine höchst amüsante Geschichte. Es war her Morgen und registrierter Badedirektor, als plötzlich aus einer Damenkabine ein fürchterlicher Tumult...

Beschäftliches.

Eine Erleichterung im Haushalt! Der seit Anfang April d. Js. im Kreitaat bestehende Firma 'Triumph' Nahrungsmittel-Werke G. m. b. H., Altit. Graben 11a, ist es gelungen, auch einen Kaffee-Ertrag herzustellen...

Berichtungs-Anzeiger

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Elektriker. Freitag, den 24. 8., abends 7 1/2 Uhr, Hühlergasse 49: Branchenversammlung. (10538) Arb.-Abtinenten-Bund (Orisar, Danzig). Sitzung fällt heute aus und findet Freitag, 31. Aug., abds. 7 Uhr statt. (10554) Metallarbeiter-Verband. Alle Verbandsfunktionäre, Sonnabend, den 25. 8., 5 Uhr nachmittags, Develiusplatz 1/2, Saal 70: Dringende Sitzung. Es haben nur Verbandsfunktionäre Zutritt. Buch und Ausweisarte vorzulegen.

Die Tat des Dietrich Stobäus

Roman von Ray Halbe

Ich würde noch immer, ich bin noch mit Ihnen, wenn Sie nicht an den Gedanken wandern würden, an dem Gedanken, den Sie nicht mehr mit mir teilen wollen...

'Was ist Liebe, Herr?' sagte ich lachend und sah mich um. 'Liebe ist das Gefühl, das man empfindet, wenn man einen Menschen liebt...'

musste! Was es das gewisse Gefühl des Besitzes, was mich so fest hielten, so gleichgültig machte? Als hätte ich nie niemals zu erkehen, nicht? Er, sie zu leiden gehabt...

# Die Lage auf dem Weltarbeitsmarkt.

Macmeien zeigen die Länder, die bisher die größte Arbeitslosigkeit aufzuweisen hatten, einen teilweise beträchtlichen Rückgang, während andererseits in Ländern mit bisher verhältnismäßig minimaler Arbeitslosigkeit das Geese der Arbeitslosen im Wachstum ist.

Zu den Ländern mit abnehmender Arbeitslosigkeit gehören vornehmlich die Vereinigten Staaten, Belgien, Dänemark, England, die Schweiz und Holland. Die entgegengelegte Entwicklung weisen auf: Deutschland, Österreich und die Tschechoslowakei.

Bestimmte Angaben aus den Vereinigten Staaten liegen nicht vor. Bis in die Mitte des vorigen Jahres wurde die Zahl der Arbeitslosen vom Arbeitsamt auf 6,5 Millionen geschätzt, während sich nach einer anderen Schätzung des Handelsamtes die Zahl der Arbeitslosen auf 2,5 Millionen belief. Inzwischen scheint der weitaus größte Teil der Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozess aufgenommen zu sein.

Dänemark weist die größten Schwankungen des Arbeitsmarktes auf. Im Frühjahr 1922 erreichte die Arbeitslosigkeit mehr als 30 Prozent. Seitdem läuft die Zahl der Arbeitslosen ständig zurück. Sie schwankt zwar in den Wintermonaten 1922/23 noch einmal von 10 Prozent, dem niedrigen Stand des Jahres 1922, auf etwas über 20 Prozent an, vermindert sich aber schon im März 1923 auf 16 Prozent und im Mai auf 9 Prozent.

In Holland ist der Abwärtsverlauf des Arbeitsmarktes ähnlich wie in Dänemark. Die Arbeitslosigkeit ist starken Schwankungen unterworfen, zeigt aber ebenfalls eine Tendenz zur Senkung.

Das größte Ausmaß der Arbeitslosigkeit hatte die Schweiz im Winter 1921/22 zu verzeichnen. In dieser Zeit wurden 140 000 Arbeitslose registriert. Seitdem ist ein gleichmäßiger, von keinen merklichen Schwankungen unterbrochener Rückgang festzustellen. Im Juni 1922 wurden noch 90 000, im Januar 1923 noch 78 000 und im Mai dieses Jahres noch 46 000 Arbeitslose gezählt.

Erheblich langsamer geht die Zahl der Arbeitslosen in England zurück. Im Januar 1923 war der Prozentsatz der arbeitslosen Versicherten noch 12,7 und im Mai 1923 10,7 Prozent. Die Gewerkschaften registrieren im Mai 1922 16,4, im Januar 1923 13,7 und im Mai dieses Jahres noch 11,3 Prozent ihrer Mitglieder als arbeitslos.

Die normale Arbeitslosigkeit wurde in Deutschland nur vorübergehend überschritten. Das war erstmals der Fall im Beginn des Jahres 1919. Der Prozentsatz der Arbeitslosen in den Gewerkschaften betrug damals 5,5 Prozent, senkte sich aber noch im Laufe desselben Jahres auf 2,8 Prozent. Im Winter 1920/21 schwoll die Arbeitslosigkeit dann noch einmal an, ohne aber die frühere Höhe wieder zu erreichen. Im Jahre 1921 zeigt sich dann ein steter Rückgang bis 1,2 Prozent (im Oktober 1921). Dann hebt sich die Zahl wieder im Januar und Februar 1922 auf 3,3 bzw. 2,7 Prozent, um aber schon im nächsten Monat auf 1,1 und in den Monaten Juni/Juli gar auf 0,6 zurückzugehen. Im Herbst 1922 zeigt eine entgegengelegte Bewegung ein, die sich besonders seit Beginn dieses Jahres bedeutend verschärft und im April dieses Jahres sogar 7 Prozent und damit den bisherigen Höchststand der Arbeitslosigkeit erreicht.

Die Arbeitslosigkeit in Österreich war besonders seit dem Herbst 1922 in starkem und raschem Annehmen begriffen. Während die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in den ersten neun Monaten dieses Jahres zwischen 30 000 und 40 000 schwankte, steigt sie im Oktober auf 55 000, im Dezember auf 131 000, im Januar 1923 auf 161 000 und im Februar auf 169 000 an. Seitdem, seit Stilllegung der Notendrucke, ist die Arbeitslosigkeit jedoch ständig zurückgegangen.

In Italien ist die Arbeitslosigkeit nach wie vor sehr groß. Der Höchststand fällt in den Winter 1921/22. Damals wurden etwa 600 000 Arbeitslose gezählt. Im März 1922 senkte sich die Arbeitslosenziffer auf etwa 500 000, um im August auf etwa 300 000 zurückzugehen. Diese Besserung hielt aber nur ganz kurz an. Herbst und Winter zeigen ein neues Anwachsen des Arbeitslosenheeres, und im Februar 1923 wird die Zahl der Arbeitslosen wieder mit rund 400 000 angegeben.

Ueber den Arbeitsmarkt in Frankreich liegen Angaben nicht vor.

Im großen ganzen widerspiegelt die beobachtete Bewegung auf dem Weltarbeitsmarkt die seit dem Kriege herrschenden Zustände in der internationalen Politik und Wirtschaft und zeigt die wirtschaftliche Ungewissheit, die hieraus für die Arbeiterschaft entsteht.

# Wirtschaft, Handel und Schifffahrt.

**Gründung der ersten Goldmarkbank.** In Berlin ist eine Forderkredit Akt.-Ges. mit einem Goldkapital von 400 000 Mark errichtet worden. Die Goldmarkbilanzierung ist geplant, da der Aufsichtsrat der Ansicht ist, daß die Auswirkungen hierüber in Deutschland zu weit geklärt seien, daß die Publikation solcher Bilanzierung schließlich zustimmen werde.

# Anatole France und Romain Rolland.

Von Wladimir D. Mantowski.

Das sind zwei Franzosen: nur kein Geschrei, ihr Schaulustigen! Wir können noch recht viel Deutsche brauchen, die so sind wie diese beiden. Und es wird uns dereinst sehr zum Ruhme gereichen, daß es während und nach dem Kriege deutsche Verleger gab, die mutigen und ehrlichen französischen Künstler den Weg zu den Herzen der „Völkchen“ bahnten. Im übrigen sind dies keine „Feinde“, sondern zwei große Künstler, von denen der erste fast drei Jahrzehnte vor dem Kriege zu den begehrtesten Schriftstellern des gebildeten Deutschlands gehörte, und der zweite es geworden ist während und nach dem Kriege. Auf neue Werke dieser Männer hinzuweisen, ist also nur Anstandspflicht.

Lange Zeit hat Anatole France (eigenlich A. Thibault) geschrieben. Nun sind in deutscher Sprache wieder von ihm zwei Bücher erschienen, in denen er, auf der Höhe des Lebens stehend, auf seine ferne Kindheit betrachtend zurückblickt. Das eine der beiden Bücher heißt „Der kleine Peter“ (Munich, Kurt Wolff, München). Ich hatte das Buch schon vor ein paar Jahren gelesen, als es eben im Urtext erschienen war, und war entzückt über die Art, wie der greise Meister der Erzählungskunst in den Gärten seiner Jugend lustwandelt, wie er sein und gültig die weissen Blüten zum Kranze nicht, wie er mit der Weisheit und dem Verstand des Alters den Gewissenheiten gegenübertritt, mit welcher fast frommen Jungfräulichkeit er die Episoden aus seiner Kindheit berichtet, wie er das alte Paris des letzten Jahrhunderts mit seiner dunklen Romantik zu neuem Leben erweckt. Und noch eins ist da, was Augen macht: Der Ironiker ist fast ein Melancholiker geworden, denn es weht oft durch diese Kindheitsgeschichten ein Hauch der Trauer, des Schmerzes, der nicht nur dem verlorenen Jugendparadies allein gilt. Nicht zuletzt aber gibt es zu denken, daß France in dieser Zeit des Vollerhases ein Buch der Welt ist, in dem nicht mit einer Seele des Kriegeres und Wächters gedacht ist. Man hat das Gefühl, als ob der große, gültige Mensch sich abtötlich abmüht von diesen Dingen und untertaucht in die seligen Sorglosigkeiten der Kindheit Traum und Verlangen geschaut hätte. Inzwischen ist nun auch das zweite Buch herausgekommen. Es heißt „Die Blütezeit des Lebens“ (im gleichen Verlage), und

Ueber die wirtschaftlichen Notwendigkeiten wird mitgeteilt, daß im Fudergewerbe die Zahlungsstille längst auf Goldmark eingestellt seien.

**Verbekändige Kohlenpreise in Deutschland.** Im Reichskohlenverband und im Großen Ausschuss des Reichskohlenrates wurde die Frage der Einführung verbekändigender Zahlungen in der Kohlenwirtschaft erörtert, um den Kohlenpreis weniger mit den für die unvermeidliche Zahlungsfrist erforderlichen Valorisierungszuschlägen zu belasten. Die vom Vorstand des Reichskohlenverbandes vorgeschlagenen Maßnahmen fanden grundsätzlichen Zustimmung und sollen schnellstens in einem Ausschuss durchgearbeitet werden. Durch die Einführung verbekändigender Zahlungen wird sich voraussichtlich allmählich etwas am Grubenpreis der Brennstoffe sparen lassen. Von der geforderten Aufhebung der Kohlensteuer wird vorerst Abstand genommen.

**Die Kosten des Schiffbaues.** Ende 1898 kostete die Herstellung eines Einzel-Frachtdampfers von 7500 Tonnen Tragfähigkeit 972 000 Goldmark, Ende 1903 war dieser Preis bis auf 720 000 Goldmark gesunken. Dann stiegen die Baukosten fortgesetzt und in besonderen während und nach dem Kriege ins Riesenhafte. Anfang 1920 betrug der Baupreis 5,170 Millionen Goldmark. Seither ist ein gewaltiger Sturz nach unten eingetreten. Die vorhandenen Verkehrsmittel der Welt sind zur Hälfte überflüssig geworden, weil Europa sie nicht benötigt, es hungert. Im zweiten Viertel 1923 betrug deswegen der Baupreis nur noch 1,250 Millionen Goldmark. Das sind bei einem Dollarstand von 4 Millionen 1,250 Milliarden Papiermark. Die Frachtraten standen im Juni d. J. nur noch um knapp 7 Prozent über dem Vorkriegsstand. Wir merken davon allerdings nur wenig, weil die deutsche Valuta dauernd sinkt.

**Russische Lebensmittel nach Deutschland?** Das Volkskommissariat für Außenhandel hat die russischen Interessenten davon in Kenntnis gesetzt, daß in Deutschland eine große Nachfrage nach Lebensmitteln, die seinerzeit in großen Mengen aus Rußland nach Deutschland exportiert wurden, herrscht. In erster Linie handelt es sich dabei um Butter, Eier, Geflügel. Das Volkskommissariat beabsichtigt im Zusammenhang mit diesen Nachfragen seine Aufmerksamkeit dem Export dieser Produkte zu widmen und fordert die russischen Interessenten auf, diebestmögliche Angebote zu machen.

**Der amerikanische Außenhandel wieder aktiv.** Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington haben die Vereinigten Staaten im Monat Juli zum ersten Male seit dem Monat Februar wieder einen Ausfuhrüberschuss, und zwar in Höhe von 26 Millionen Dollar erzielt. Die Ausfuhr betrug 310, die Einfuhr 284 Millionen Dollar. Für die ersten sieben Monate des Jahres verzeichnet das Handelsdepartement eine Ausfuhr von 225 Millionen Dollar gegen eine Einfuhr von 2371 Millionen Dollar.

**Der Streik um die russischen Delquellen.** Gelegentlich der Konferenz in Genua im vorigen Jahr ist zwischen französischen und belgischen Delkapitalisten eine Vereinbarung getroffen worden, derzufolge diese gegenüber Rußland nur gemeinsam vorgehen dürfen und keiner für sich allein Konzessionen erwerben darf. Der englisch-holländische Shell-Trust hat sich dieser Vereinbarung angeschlossen. Er hat jedoch seine Bundesgenossen halb verraten, indem er unter dem Vorwand, daß die Vereinbarung sich nicht auf die Produktion und nicht auf die Produkte Rußlands erstreckt, beträchtliche Mengen Dels von der Sowjetregierung erwarb und außerdem bei dieser die Erlaubnis zur Anlage einer Röhrenleitung zwischen Baku und Batum nachsuchte. Die belgischen und französischen Delkapitalisten beschwerten nun den Shell-Trust des Verrats. Im übrigen ist die Delsausfuhr aus Rußland gegenwärtig noch sehr gering.

**Die Finanzlage Frankreichs.** In Deutschland macht man sich an manchen Stellen übertriebene Hoffnungen auf die Lösung der Ruhrfrage. Man verweist dabei oft auf die Entwicklung der französischen Wirtschaft. Nun hat sich in der letzten Zeit die französische Wirtschaftslage teilweise verschlechtert, aber das darf nicht übersehen werden. Die letzten Ausweise der Bank von Frankreich weisen zwar einen ungewöhnlich hohen Zuwachs des Notenumlaufs nach. Aber es ist gewagt, aus dem sprunghaften Emporschnellen der Notendruck den Schluss zu ziehen, daß die Dämme, die die staatliche Geldpolitik vor zweieinhalb Jahren gegen ein weiteres Ansteigen der inflationistischen Welle errichtet hat, der Entwicklung der letzten Monate nicht mehr standhalten vermögen. Die Ursache für die starke Vermehrung des Notenumlaufs ist in den 800 Millionen neuer Vorschüsse, die die Bank dem Staate gewährt hat, unabweisend gegeben. Um so größere Aufmerksamkeit verdient das ungewöhnlich starke Ansteigen der staatlichen Verbindlichkeiten gegenüber dem Zentralnoteninstitut. Durch die auf die Initiative des Parlamentes zurückzuführenden Abkommen zwischen der Freireierie und der Bank vom 14. April und 20. Dezember 1920 war der Maximalbetrag des dem Fiskus bei dem Militat zur Verfügung stehenden Kredits von 27 auf 25 Milliarden herabgesetzt und außerdem eine jährliche Tilgung in Höhe von

1 Milliarde pro Semester vereinbart worden. Tatsächlich hat der Senat im Jahre 1921 zwei, im Jahre 1922 aber nur 1 Milliarde zurückbezahlt, so daß Ende des vergangenen Jahres seine Schuld auf etwa 23,5 Milliarden reduziert war. Im Juli 1923 stand die Schuld auf 24,1 Milliarden Franken. Nach den von der Kammer ratifizierten Tilgungsplänen hätte die Schuld des Staates bei der Zentralnotenbank am 1. Juli d. J. 22 Milliarden nicht übersteigen dürfen. Es liegt also eine Ueberforderung von über 2 Milliarden vor. Die von der Bank für Rechnung der französischen Regierung den Regierungen befreundeter Länder gewährten Vorschüsse haben seit dem Beginn des Jahres eine Steigerung von 4800 auf 4476 Millionen erfahren; sie werden in den nächsten Wochen durch die Numantien und Posten bewilligten Kredite noch weiter vermehrt werden. Man wird also kaum festgehen in der Annahme, daß vielleicht mehr noch als die außenpolitische Lage diese starke Inanspruchnahme der Bank durch den Staat die Hauptursache ist für das neuerliche Fallen des Franken.

# Bewerkschaftliches und Soziales.

**Buchdruckerführer Albert Massini f.** Der langjährige Vorsitzende des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer, Genosse Albert Massini, ist in Berlin gestorben. Bereits seit dem Jahre 1893 war Massini zum Vorsitzenden des Bundes Berlin des Verbandes der deutschen Buchdrucker gewählt worden. Genosse Massini gehörte zu den besten Pionieren des Buchdruckerverbandes.

**Generalversammlung des Deutschen Landarbeiterversbandes.** Der Vorstand des Deutschen Landarbeiterversbandes beruft die 3. Generalversammlung zum 17. September nach Magdeburg ein. Auf der Tagesordnung steht neben der Entgegennahme des Vorstandsberichts die Aussprache über Lohnbewegungen und Tarifverträge, sowie die Beratung der Verhandlungsfragen und die Vornahme der Wahl des Verbandsvorstandes.

**Die Bergarbeiter in der Tschechoslowakei** beschließen den allgemeinen Streik, da die Verhandlungen mit den Grubenbesitzern wieder zu keiner Einigung führten. Die Arbeit wurde in allen Revieren der Republik niedergelegt. In dem Aufruf an die Arbeiterschaft wird darauf an, versam gemacht, daß die politischen Parteien sich in den Streik nicht mit einmischen sollen. — Das wird der K.P. wohl sehr schwer fallen!

**Der Streik der Londoner Hafenarbeiter** ist nach mehrwöchiger Dauer erfolgreich beendet. 75 Prozent der Arbeiter haben die Arbeit wieder aufgenommen.

**Die Arbeitspflicht in Bulgarien.** Die bulgarische Regierung plant gewisse Änderungen des Systems der Arbeitspflicht. Die Arbeitspflicht jugendlicher Personen soll bestehen bleiben, aber die anzurechnenden Koningente sollen vermindert und zu größeren Gruppen vereinigt werden. Die Arbeitspflicht weiblicher Personen soll beseitigt werden, da die erzielten Ergebnisse nicht befriedigend sind und die Frauenarbeit im Hause als nützlicher betrachtet wird. Die Frage der zeitweisen Arbeitsdienstplicht von Männern bis zu 45 Jahren wird der Entscheidung der Gemeinderäte anheimgestellt werden.

**Stichtagsarbeiten zur Konjunkturanpassung.** Zum 1. September wird der vierwöchige Stichtagsarbeiten, der in einem großen Teil der amerikanischen Stahlindustrie gegenwärtig noch besteht, hoffentlich endgültig sein Ende finden. Vom genannten Tage an werden je 60 000 Mann, die bisher in Stichtags- bzw. Behaltungsarbeiten beschäftigt waren, zum Stichtagsarbeiten übergehen können; das kommt für die Industrie auf einen neuen Bedarf an Arbeitskräften von weiteren 60 000 Mann für die dritte Arbeitswoche heraus. Der Widerstand gegen die Abschaffung des Stichtagsarbeiten ging von der U. S. Steel Corporation aus, die bis dahin allen Versuchen zur Verkürzung der Arbeitszeit sich widersetzt hatte. Den jetzigen Entschluß des Stichtags auf den Druck der öffentlichen Meinung zurückzuführen zu wollen, geht nicht an; ausschlaggebend ist dafür die Ueberzeugung gewesen, daß die gegenwärtige Konjunkturlage, besonders im Baugewerbe, den Stahlmagnaten eine gute Gelegenheit bietet, um die infolge der schlechten, vielfach unmenichlichen Arbeitsbedingungen ständig unsicherer werdenden Verhältnisse in ihrer Industrie auf bessere Grundlagen zu bringen.

**Einschränkung der Krankenhilfe.** Die Allgemeine Ortskrankenkasse zu Leipzig hat sich infolge der Geldentwertung genötigt gesehen, ihre sämtlichen in den Vorkriegszeiten beschaffenen Pflanzgärten zurücküberufen, da die Krankenkasse die Mittel für diese Mehrleistungen nicht hat. Ein Patient in einer Heilstätte kostet der Kasse täglich rund 1/2 Millionen Mark. Insgesamt 850 Patienten, die in Vorkriegszeiten untergebracht sind, kommen in Betracht.

hier nimmt der Dichter in einem Vor- und Nachwort Gelegenheit zu Ausführungen. Er gibt zunächst, worüber manche noch im Zweifel waren, offen zu, daß beide Bücher „mit einigen erfindenen Erlebnissen“ die eigene Jugend darstellen, daß „Der kleine Peter“ bereits vor 37 Jahren entstand, und läßt auch dem vornehm-überlegenen Später ein wenig Platz. So lächelt man mit France, wenn er sagt, er habe in seinen Erinnerungen nur „gerade soviel gelogen, um zu belehren und zu gefallen“ und zum Schluß: „Aber, was ich sagen kann, ist, daß ich aufrichtig war. Ich wiederhole: ich liebe die Wahrheit. Ich glaube, daß die Menschheit ihrer bedarf; aber sicherlich bedarf sie noch weit mehr der Lüge, die ihr schmeichelt, sie tröstet und ihr unendliche Hoffnungen gibt. Ohne die Lüge gäbe sie an Verzweiflung und Langeweile zugrunde.“ Wenn aber Anatole France meint, daß in diesen Erzählungen nicht viel von Kunst zu finden sei, so ist das doch wohl nur die lebenswürdige Koketterie des Ironikers. Mit derselben Ehrlichkeit muß aber auch zugegeben werden, daß er die Gehalt hinter dem Gestalteten bei der Wertbemessung der Bücher den Hauptausschlag gibt. Bei dieser Gelegenheit sei auch der durchaus tüchtige Uebersetzer durch Arthur Seiffhart lobend gedacht.

Den eigentlichen, echten Anatole France, den unübertrefflichen Meister der schlichten Ironie, aber lernt man in „Der fliegende Händler“ (im gleichen Verlage) kennen. Der fliegende Händler hat mit einem Schuttmann einen harmlosen Inanmenschoß gebohrt; er kommt dafür vor Gericht, wird eingesperrt und gerät dann ins Irre, da er den Kontakt mit der Welt verloren hat, in immer neue verwickelte Verwicklungen. Das Ganze ist mit einer köstlichen Heiterkeit und echt französischer Leichtigkeit und Ueberlegenheit dargestellt. Es spricht daraus der Geist eines auch aus kleinen Dingen des täglichen Lebens den Reim zum Großen erkennbar machenden Gelehrten, es spricht daraus der Mund des echten und tiefen Sozialisten, der France nicht gewesen ist, in reiner und markanter Form. — Freunde der Literatur wird es vielleicht interessieren, daß die erste der Novellen, „Erzählung“, vor vielen Jahren bereits von Tolstoj bearbeitet wurde, offenbar, weil der großen Russen die sozialistische Tendenz des Stoffes reizte. Ich habe nach der Fiktion des „fliegenden Händlers“ gleich noch einmal die Arbeit Tolstoj's geleistet und muß offen gestehen, daß mir die Uebersetzung Gertrud v. Grosthecks mehr zugesagt hat; bestimmt aber ist ihr Frances spirituelle

Art in höherem Maße gelinnert, wegen Tolstoj dem Gegenstande mehr Beachtung zollt.

Zu den Franzosen, die uns weder Verfailltes noch Aufrührer fröhren können, gehört auch Romain Rolland. Wir wissen, wie er über den Krieg dachte, wie er noch während des Krieges mit Barbasse und ein paar Ehrlichen, Mutigen gegen den Völkerverwahnsinn ankämpfte. Die vorliegende Erzählung „Peter und Suz“ (Munich, Kurt Wolff, München) ist eine Liebesgeschichte zweier halber Kinder, eine Liebesgeschichte, wie sie zarter, halber, fetter keinem schwabischen Erzähler glücken konnte. Ueber Paris sind die deutschen Krieger. Unter Paris läuft die Untergrundbahn. Hier sehen sich zwei junge Menschen. Der Schreck bringt sie zueinander. Wie Rolland so was macht, ein kleines Beispiel: „Mit dem fliegenden Zuge tauchte er ins Dunkel und schloß die Augen. . . Als er die Augen wieder aufhat — stand ein paar Schritte weiter, durch die Körper von zwei fremden Menschen von ihm geschieden, ein junges Mädchen, das eben eingestiegen war. Zuerst erkannte er im Schlaglicht des Lichts nur ihr zartes Profil, dann das Blond einer Vode auf der schmalen Wange, ein Glanzlichter auf der lieblichen Biegung dieser Wange, die seine Sinne herbeizog und der gefährlichsten Überflutungen, die noch vom raschen Lauf zitterte. Durch die Pforte seiner Augen alina sie ein in sein Herz. trat hinein, ganz und gar, und die Pforte schloß sich hinter ihr. Das Vornen der Außenwelt schwebte. Stille. Friede. Sie war da. Sie sah nicht nach ihm hin. Sie wußte noch gar nicht, daß er auf der Welt war. Und doch war sie in ihm. Er hielt ihr krummes Bild ästhetisch in den Armen und mochte nicht zu atmen, damit sie nicht einmal sein Atem beröhre. . .“ Und dann finden sich diese Kinder. Nichts mit ihrer jungen Liebe davon vor dem Hohen und Tiden der Erwoachsen und bauen sich ein Inselgärtchen inmitten des großen Kriegswirbels. Bis sie eine Fliegerbombe tötet, als sie am Karfreitag in der Kirche St. Gerbat der Requiemmusik lauschen. Auf Einzelheiten eingehen, wäre dieser köstlichen Liebesgeschichte gegenüber eine Barbarei. Man muß sie lesen. Lebend erleben. Dazwischen wird Rollands menschliche Stimme hörbar, lernen wir die französische Jugend kennen und ihre verstandene Stellungnahme zum Krieg. Doch das ist allenfalls interessant. Reichlicher bleibt das Kunstwerk als solches bestehen: diese Geschichte zweier jungen Menschen und ihrer ersten Liebe (Sie hat in Paris einen glänzenden Künstler der Uebersetzung gefunden.)

# Leiser

Schuhhaus grössten Stils



In diesem Zeichen verkörpert sich unsere berühmte Schuhmarke.

Langgasse 73

## Kunstmöbelfabrik „Hansa“

Telephon-Anschluß: 1895 und 5712

Ausstellungs- und Verkaufsräume: Breitgasse Nr. 53

Wir liefern einfache und elegante

**Herrenzimmer  
Schlafzimmer und Speisezimmer**  
in letzteren besonders leistungsfähig durch Spezialarbeit in eigen. Werkstätten

## B. FREILICH, G. m. b. H.

Gegründet 1894 Handels- und Speditionsgesellschaft Gegründet 1894  
Warschau, Leszno 10 Danzig, Langgasse 60/61  
Lagerung = Verzollung = Finanzierung  
Agenturen an sämtlichen Grenzstationen

## Rudolf Prantz, Danzig

IMPORT Hopfengasse Nr. 29 EXPORT  
Fernsprecher No. 5376 und 5359

Getreide, Mühlenfabrikate, Hülsenfrüchte, Saaten, Kolonialwaren

Herrenstoffe  
Paletotstoffe  
Kostümstoffe  
Futtersachen

## FROST & MIEDTKE

4. Damm 7, Eingang Häkergasse, Nähe Markthalle

## Möbelfabrik „Merkur“ G. m. b. H.

Telephon-Anschluß: 2590 und 5851

Verkaufsraum: II. Damm 2

Große Auswahl in

**Herrenzimmern  
Speisezimmern u. Schlafzimmern**

in einfachster bis elegantester Ausführung

## Danziger Konfektionshaus

Herrenkleiderfabrik

Inh.: A. Steinhöfel  
Foggenpfehl 59 - Telefon 409

Raglans - Schlüpfer  
Paletots - Sakkos  
Hosen

Spezial-Abteilung:  
Gute Maßanfertigung

## Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Mastersticht! Ohne Gewähr!

(C) L. Dampfverbindung

Danzig (Schäferrei) - Elbing  
(Zollamt)

Ab Danzig  
Montag 800 „Pfeil“  
Mittwoch 800 „Germania“  
Freitag 800 „Pfeil“  
Sonntag 800 „Germania“

Ab Elbing  
Montag 800 „Germania“  
Mittwoch 1000 „Pfeil“  
Donnerstag 800 „Germania“  
Sonntag 1000 „Pfeil“

Kein polnisches Visum erforderlich!

## Danziger Aktien-Bierbrauerei

empfiehlt

Faßbier: Artusbräu  
Exportbier  
Danziger Salvator

und Original-Flaschenbier-Abzug

## Molkerei Friedrich Dohm G. m. b. H.

Fillialen:

Altstadt, Graben 25  
Haustor 1  
Kassubisch. Markt 1c  
Langgarten 103

Kohlengasse 9  
Schild 15  
Schichaugasse 8  
Pfefferstadt 42  
II. Damm 1

Rähm 13/14  
Langfuhr, Hauptstr. 119  
Neuschottland 15  
Schiditz, Karth. Str. 107  
Zoppot, Danzig, Str. 55  
Seestr. 44

## Petersen & Helbig

Danzig, Jopengasse 67  
Telefon Nr. 2999, 6917

**Engros-Haus für Fahrräder, Fahrradzubehör**  
Pneumatiks für Fahrräder u. Motorräder / Nähmaschinen, Nähmaschinenteile  
Kleinbeleuchtungsartikel — Verkehr nur mit dem Handel

Drucksachen für alle Zwecke liefert preiswert J. Gehl & Co. Am Spand- haus Nr. 6

## Robert Wilhelm Gröning

Spirituosen- und Wein-Grosshandlung :: Likör-Fabrik

Kontor: Pferdestraße Nr. 13 DANZIG Lager: Seifengasse 1 und Frauengasse 18

Telegramm-Adresse: Likörhaus

Das sind sie!



die  
tausendfach  
bewährten,  
in Fach- und  
Loienkreisen  
gleich anerkannten  
Koch- und Heiz-  
apparate  
für  
GRUDE KOHLE GAS  
mit der Marke

„Imperial“

Täglich von 11-1 praktische Verhältnisse  
von u. 3-6

unserer sämtlichen Apparate

**IMPERIAL**

Verkaufsgesellschaft für Koch- u. Heizapparate G. m. b. H.  
Danzig, Neilige Seifengasse 125



## BORG



ZIGARETTEN

produziert, hergestellt der ...



Hersteller: Urbin-Werke,  
Chemische Fabrik, G. m. b. H.,  
Danzig, Am Troyf

**Zacharzi**  
Jaschmann

## Julius Goldstein

Jankergasse 2-4, gegenüber der Markthalle

Billigste Bezugsquelle

für Kurz-, Weiß- und Wollwaren, Herren- und Damenwäsche, Trikots, Schürzen

## E. G. Gamm's Kernseife

Bekannt u. bewährt! Seifenpulver u. Bleichsoße überall erhältlich!

# Danziger Nachrichten.

## Umstellungen im Schulwesen.

Zusammenlegung der Gymnasien. — Ausbau des Couradinums.

Der Untersuchungsausschuss des Volkstages nahm gestern Stellung zu einer Denkschrift des Senats, worin die Zusammenlegung der beiden Gymnasien Danzigs, des städtischen am Winterplatz und des staatlichen in der Weidengasse, und der Ausbau gymnasialer Klassen am Couradinum zu Langfuhr vorgeschlagen wird. Beide Gymnasien Danzigs haben in den letzten Jahren eine Abnahme an Schülern zu verzeichnen. Beide Institute liegen nahe beieinander und bedingt die notwendige ipparame Wirtschaftsführung eine Zusammenlegung beider Institute. Schon im vorigen Jahre lag die Absicht vor, die beiden Schulen zu vereinnigen. Doch wurde der Plan insolge mancherlei Hemmnisse nicht zur Ausführung gebracht. Besonders wollte man aus historischem Interesse das Gymnasium am Winterplatz, das 1558 vom Bürgermeister Jerber gegründete Gymnasium academiicum, erhalten. Nun stellt sich jetzt aber das dringende Bedürfnis heraus, am Couradinum zu Langfuhr höhere Unterrichtsklassen anzuschließen, es also zu einem Progymnasium auszubauen. Viele Eltern mühten ihre Kinder nach wenigen Schulbesuchsjahren v. m. Langfuhr Couradinum, welches Gymnasialklassen nur bis Untertertia hat, fortzunehmen und nach Danzig zur Schule zu senden. Die ständige Erhöhung der Zeitarten der elektrischen Straßenbahn verteuert den Schulbesuch auf dem Gymnasium in Danzig jedoch ungemein, so daß ein allmählicher Ausbau der Gymnasialklassen des Couradinums notwendig erscheint, um den in Langfuhr wohnenden Schülern günstigere Schulleistungen zu schaffen.

Die Vorschläge des Senats gingen dahin, mit Schluß des laufenden Schuljahres das staatliche Gymnasium in der Weidengasse aufzuheben und die Schüler derselben nach dem städtischen Gymnasium am Winterplatz zu überführen. Das humanistische Gymnasium am Winterplatz bleibt bestehen und nebenher laufen ein Realgymnasium und ein Reformgymnasium. Die staatliche Realschule in der Weidengasse bleibt ebenfalls als selbständige Anstalt bestehen. Durch diese Neuordnung werden 7 bis 8 Lehrkräfte und auch die Kosten der Unterhaltung erheblich eingespart. Mit Beginn des Schuljahres 1924/25 sollen außerdem am Couradinum in Langfuhr Klassen der Mittelstufe eines Gymnasiums eingerichtet werden. Schüler aus Zoppot, Oliva, Langfuhr, die bisher Gymnasien in Danzig besuchten, erhalten dadurch Gelegenheit zur gymnasialen Bildungspflege in Langfuhr. Der Unterrichtsausschuss stimmt den Vorschlägen des Senats zu.

Da mit diesen Veränderungen einmal eine erhebliche Ersparnis erzielt wird und andererseits der Stadt Danzig eine stärkere Einnahme an Schulgeldern erwächst, sollten für sähige, strebsame Kinder der Arbeiterschaft, unbemittelter Angehöriger und unterer Beamter, soweit nur immer möglich, Freistellen für den Besuch höherer Lehranstalten durch den Schulsenator zur Verfügung gestellt werden. Damit würden diese Maßnahmen auch der Hebung der Bildung der unbemittelten Volksschichten zugute kommen.

## Anfragen im Volkstag.

Im Volkstag sind einige neue Anfragen gestellt. Eine kleine Anfrage des Gen. Rahn wünscht Aufklärung über einige unklare Verwaltungsvorgänge an der Danziger Börse, und zwar wünscht er die schriftliche Beantwortung folgender Fragen: Hat der Senat in Gemäßheit des Börse-

gesetzes vom 29. Dez. 1920 für die Danziger Waren- und Devisenbörse Staatskommissare bestellt? Falls ja, welche Personen bekleiden dieses Amt? Ist für die Danziger Börse ein Börseauschuss gewählt worden? Falls ja, wer hat diesen Ausschuss gewählt und aus welchen Personen setzt er sich zusammen?

Mit der starken Heraussetzung der Deichgebühren beschäftigt sich der Abg. Jacobi in einer kleinen Anfrage. Die zweifelhafte Höhe der Deichbeiträge für das Deichamt Großes Werder ist von 6000 Prozent auf 60 000 Prozent Zuschlag erhöht. Die Hausbesitzer können diese Beträge unmöglich aufbringen, da nicht die Miete dementsprechend heraufgesetzt worden ist. Es wird gefragt, wie der Senat diese unglaubliche Härte gegenüber dem Hausbesitzer zu beseitigen gedenkt und ob es nicht möglich sei, um Ersparnisse zu zeitigen, die Deichämter aufzulösen. Die Tätigkeit derselben sei zum Teil schon bedeutungslos geworden, da die Magat reorganisiert. Man könne die Funktion der Deichämter dem Senator für öffentliche Arbeiten unterstellen.

Der Vorortverkehr an den Feiertagen. Aus Anlaß der Wiedererrichtung des Danziger Reitvereins auf der Rennbahn bei Zoppot werden am Sonntag, den 26. August, Sonntag, den 2. September, und Sonntag, den 9. September, im Vorortverkehr Danzig-Zoppot von 12 Uhr nachmittags ab nach Bedarf 10-Minuten-Verkehr einrichten und am Sonnabend, den 8. September, von 12 Uhr ab nach Bedarf Vorzüge einlegen. — In der Zeit von 12 Uhr bis 19 Uhr halten alle Vorortzüge in beiden Richtungen am Rennplatz. Es empfiehlt sich, die Fahrarten hinsichtlich im Laufe des Vormittags zu kaufen und möglichst die vor 12 Uhr abfahrenden Züge zu benutzen. — Die Pendelzüge zwischen Danzig-Hauptbahnhof und Danzig-Langfuhr fallen am Sonnabend, den 8. September nachmittags aus.

Zwei Personen vom Auto umgefahren. Wegen gefährlicher Körperverletzung hatte sich der ehemalige Kraftwagenführer Max W. vor Gericht zu verantworten. Er wollte am 1. Juli von Zoppot kommend in den Ulmenweg in Langfuhr einbiegen, nahm die Kurve jedoch zu weit und geriet auf den Bürgersteig, wobei ein Zimmermann und eine Frau unter den Wagen gerieten. Der Zimmermann erlitt eine Kopfverletzung, die Frau eine Verletzung am Knie. Beide wurden von dem Angeklagten nach dem Krankenhaus gefahren, von wo sie nach Anlegung von Verbänden wieder entlassen werden konnten. Durch einen Sachverständigen wurde festgestellt, daß W. nicht übermäßig schnell gefahren sei und auch die Gasse ertönen ließ. Der Angeklagte führte zu seiner Entschuldigung an, daß er durch das Hin- und Herpringen zweier weiblicher Passanten vor dem Wagen etwas nervös geworden sei, außerdem sei ihm beim Aufrollen des Wagens auf den Bürgersteig der Fuß von der Fußbremse abgeglitten, so daß er, wenn er nicht das Steuerrad loslassen wollte, nicht mehr imstande war, zu bremsen. Der Gerichtshof trug diesen Umständen Rechnung und billigte dem bisher noch unbestraften Angeklagten mildernde Umstände zu, wobei er zugleich unter das von dem Vertreter der Anwaltschaft beantragte Strafmaß herunterging. Das Urteil lautete unter diesen Umständen auf eine Geldbuße von drei Millionen Mark an Stelle einer Gefängnisstrafe von zwei Wochen.

Der Schmuggel auf der Hehrweg. Wie seither mitgeteilt, wurde der Postkutscher, der die Fahrpost zwischen Kahlberg und Stütthof verkehrt, verhaftet, weil er kleine Pakete, wofür er sich einen besonderen Postfach verschafft hatte, nach dem Freistaat schmuggelte. Der Kutscher hat dies einträgliche Geschäft jahrelang betrieben. Entdeckt wurde die Sache, als im vorigen Jahre zwei große Kisten, die für einen Kaufmann auf der Hehrweg bestimmt waren, vom deutschen Postamt beschlagnahmt werden konnten. In den Kisten waren zum größten Teil kleine Pakete mit Waren enthalten, die für den Freistaat bestimmt waren. Wahrscheinlich als Folge der Verrechnungen des Kutschers sind vor kurzem zwei Postbeamte in dieser Angelegenheit verhaftet und

dem Untersuchungsgefängnis in Elbing zugeführt worden. Zwei weitere Beamte sind vorläufig vom Amt beurlaubt worden. Ein Postbeamter soll ebenfalls in die Sache verwickelt sein.

Bürgerweien. Im Fußballspiel wurde der bisherige Freistaatmeister, der Arbeiter-Sportverein Bürgerweien, am vergangenen Sonntag von der Sportabteilung des Vereins „Nichte“ Odra mit 6 : 3 geschlagen. Beim Torwechsel stand das Spiel 3 : 1.

## Kleine Nachrichten.

Sorgen der Tschechoslowakei. Die tschechoslowakische Regierung hat in Rücksicht auf die Entwicklung der deutschen Wirtschaftslage ernste Besorgnisse, was aus den ungefähren 250 000 tschechoslowakischen Staatsbürgern, die in Deutschland leben, werden sollte. Es werden vorzichtshalber umfangreiche Maßnahmen für den unter Umständen notwendig werdenden Rücktransport getroffen, die in der Hauptsache in der Textilindustrie und im Kohlenbergbau beschäftigt sind und vielfach mit ihren Familien in Deutschland leben. Sonderzüge sollen bereitgestellt und Barackenlager hergerichtet werden, um sie nötigenfalls reibungslos zurückzuführen, und man hofft, daß sie angesichts des Rückganges der Arbeitslosigkeit in der Tschechoslowakei dort bald Beschäftigung finden können.

Wilhelm spendet — Nadel auch? Wir lesen im „Berliner Tageblatt“: „Wie die deutschnationalen „Kreuzzeitung“ mitteilt, hat der ehemalige Kaiser „einen beträchtlichen Beitrag an General Ludendorff für ein Schlager-Denkmal“ überwiesen, ebenso die Dienerschaft des Kaisers Doorn. Es ist unseres Wissens das erste Mal, in all diesen Jahren der schwersten Not des deutschen Volkes, daß eine Verlagsleistung des ehemaligen Kaisers bekannt wird.“

Zusammenbruch der österreichischen Spielbanken. Nachdem es einem Spielbank-Konzern gelungen war, unter erheblichen Geldopfern Spielbanken in Prag, Pottsdam und Ritzbüchel zu gründen, ist der Beweis dafür, daß sich in Österreich Spielbanken nicht halten können, gründlich erbracht. Das Konzern hat seine Spielbanken nach einer Woche wieder schließen müssen. Während sich in den Spielbanken in Prag und Pottsdam nur einige wenige raffinierte Spieler einfanden, die den Banken nur Verluste brachten, blieb die Spielbank in Ritzbüchel völlig unbesucht. Der österreichische Verlust hat dem Spielbank-Konzern unannehme Verluste gebracht.

Ein Fortschritt im Fallschirmbau. Die bekannten Fallschirmkonstrukteure Wümler und Statner führten auf dem Flugplatz Schleißheim bei München zwei wohlgeungene Abprünge aus je 900 Meter Höhe aus. Nach jeweils fünf Minuten kamen beide Springer in sicherer Weise auf dem Erdboden an. Die Vorführung zeichnete sich durch große Sicherheit aus und bot den Eindruck eines Luftfahrakrobats. Die Verbesserung des neuen Apparates besteht in einem schlauchartigen Anfaß am oberen Ende des Fallschirms, der die Abwärtsbewegung wesentlich verlangsamt, wie es auch bei den Experimenten gelang.

## Wasserstandsrichten am 24. August 1923.

Zapichorst	20.8	21.8	Kurzbrack	+ 0.48	+
Warchau	+ 0.91	+ 0.71	Montauerspige	- 0.03	- 0.04
	20.8	21.8	Dielau	0.18	- 0.17
	+ 0.79	+ 0.80	Ditshau	0.08	- 0.10
	20.8	21.8	Eiwage	+ 2.38	+
	+ 0.47	+ 0.45	Schlewenhorst	+ 2.58	+
	23.8	24.8	Regat:		
Thorn	+ 0.16	+	Schönan O. P.	+ 6.58	+
London	+ 0.06	+	Galgenberg D. P.	+ 4.42	+
Culm	+ 0.02	+	Reuhorsterbusch	+ 2.14	+
Brandenburg	+ 0.10	+	Kawachs	+	+

Verantwortlich für Politik Ernst Zoppot, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für Anierate Anton Zoppot, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von J. Gehl u. Co., Danzig.

## Amliche Bekanntmachungen.

Öffentliche Aufforderung zur beschleunigten Entrichtung der Lohnsummensteuer im Bezirke Danzig Stadt und zur beschleunigten Abführung der seitens der Arbeitgeber einbehaltenen Lohnsteuerbeträge im Ueberweisungsverfahren.

Auf Grund des Gesetzes über die beschleunigte Einziehung von Steuern vom 16. August 1923 (Bef.-Bl. S. 858 ff) werden sämtliche Behörden, die ihren Sitz im Stadtgebiet Danzig haben, sowie sämtliche ebendort steuerpflichtige Körperkassen und natürliche Personen, die Beamte, Angestellte, Arbeiter und andere Arbeitnehmer ständig oder vorübergehend gegen Entgelt beschäftigt sind, aufgefordert, die von ihnen gemäß § 12a des Gesetzes über die Abgabe zum Wohnungsbau in der Fassung des Gesetzes vom 27. 6. 1923 bzw. 17. 2. 1923 bis zum 23. August d. Js. geschuldete Lohnsummensteuer sofort, d. h. spätestens innerhalb 3 Tagen nach Erlass dieser Bekanntmachung und die nach dem 23. August 1923 geschuldete Lohnsummensteuer fortlaufend 3 Werktage nach erfolgter Lohn- oder Gehaltszahlung oder bei täglicher Entlohnung am Freitag jeder Woche ohne besondere Aufforderung der Steuerbehörde an die Stadt Steuerkasse zu entrichten.

Ferner sind sämtliche Arbeitgeber, denen es gestattet ist, die vom Arbeitnehmer nach § 35 des Einkommensteuergesetzes einbehaltenen Lohnsteuerbeträge im Ueberweisungsverfahren direkt an die Steuerkasse abzuführen, verpflichtet, diese Beträge für die zurückliegende Zeit unverzüglich, d. h. spätestens innerhalb 3 Tagen nach Erlass dieser Bekanntmachung und dann fortlaufend am 3. Werktag nach jeder erfolgten Lohn- oder Gehaltszahlung und bei täglicher Entlohnung am Freitag jeder Woche bei der Steuerkasse zu entrichten.

Gegen Steuerpflichtige, die dieser öffentlichen Aufforderung nicht entsprechen, wird neben der

Erhebung von Verzugszuschlägen auf Grund des § 85 des Steuergrundgesetzes unachtsichtig ein Strafverfahren wegen Zuwiderhandlung gegen das Gesetz über die beschleunigte Einziehung von Steuern eröffnet werden. Es wird darauf hingewiesen, daß bei vorläufiger Zuwiderhandlung auch auf Gefängnisstrafe erkannt werden kann.

Hinsichtlich der Lohnsummensteuer wird bis zur anderweitigen Regelung noch folgendes bekanntgegeben.

Die Steuer ist zu berechnen von dem Brutto-lohne, d. h. vor Abzug der Kranken-, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge, Steuerabzüge usw. Zu dem Arbeitslohn im Sinne dieser Bekanntmachung gehören neben den nach dem Einkommensteuergesetz vom 29. Dezember 1922 steuerpflichtigen Beträgen einschl. des Wertes etwa gezahlter Naturalbezüge und freier Verpflegung auch sämtliche der Einkommensteuer nicht unterworfenen Vergütungen wie Aufwandsentschädigungen, Reisekostenzuschüssen usw.

Die Zahlung kann in bar bei der genannten Kasse oder durch Ueberweisung auf Postsparkonto Nr. 2000 der Steuerkasse erfolgen. Bei Ueberweisung ist die Bezeichnung „Lohnsummensteuer“ unbedingt erforderlich.

Von der Steuer befreit werden vorläufig alle Arbeitgeber, deren gezahlte Gesamtbruttolöhne einschließlich gewählter Sachbezüge und freier Verpflegung im ganzen Monat August den Betrag von 4 Millionen Mark monatlich nicht übersteigen.

Diese Bekanntmachung gilt gleichzeitig als öffentliche Mahnung. Erfolgt binnen 3 Tagen, mithin bis zum 28. August d. Js. keine Zahlung, so wird der geschuldete Betrag im Verwaltungszwangsverfahren kostenpflichtig beigetrieben werden.

Danzig, den 22. August 1923. (10558)

Der Leiter des Landessteueramtes.

## Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung und

bitig und erfolgreich.

10552

**Triumph**

**Kaffee-Ersatz**

ersetzt vollständig den teuren Bohnenkaffee, daher in jedem Haushalt unentbehrlich.

**Überall erhältlich!**

## Herren-Anzüge

aus prima Stoffen in bester Verarbeitung kaufen Sie, weit unter Ladenpreis, bei

Leo Czerninski,

nur

Schlingengasse 25, 3

Angebotene Sachen werden für längere Zeit reserviert.

## Büroraum

mit Telefon, zu mieten gel. Angeb. unter E. 1682 an die Exp. der Volksst. (f)

## Zimmer

für Bürozwecke gesucht. Ang. unter E. 1677 an d. Exp. d. Volksst. (f)

## Al. Laden

(alte Bretzgaße) gesucht. Angebote unter E. 1678 an die Exp. der Volksst. (f)

## Möbl. Zimm.

sofort gesucht. Angebote unter E. 1690 an die Exp. der Volksst. (f)

## Wer gibt guten Mittagstisch?

Angeb. unter E. 1674 an d. Exp. d. Volksst. (f)

## Berlangen Sie die

Volksstimme

in den

## Herren-Anzüge

empfehle billigst (1048) Milchmannengasse 15. pl.

## Damenwinterhut, Herrenmütze

Größe 54, billig zu verk. Bauer, Laidade 3. Hof. (f)

## Sprachschule

Selbstunterricht Methode „Sprachknoten“ zu halb. Bodenpreis verk. Wager, Jakobswall 21. i. Tr. (f)

## Sandwagen

(6 Zentr. Tragfähigkeit) zu kaufen gesucht. Ang. unter E. 1671 an die Exp. der Volksst. (f)

## Gut erhaltener

## Buppenwagen

zu kaufen gesucht. Angebote mit ungefährem Preis unter E. 1689 an die Exp. d. Volksst. (f)

## Möbel jeder Art

zu kaufen gesucht. Angeb. unter E. 1688 an d. Exp. der Volksst. (f)

## Sportwagen

zu kaufen gesucht. Ang. unter E. 1687 an die Exp. der Volksst. (f)

## Herrenschon, Betten, Bänke

zu kaufen gesucht. Ang. unter E. 1688 an die Exp. der Volksst. (f)

## Süßgenüß

zu kaufen gesucht. Ang. unter E. 1670 an die Exp. der Volksst. (f)

## Stoffregal

zu kaufen gesucht. Angeb. unter 1681 an die Exp. der Volksst. (f)

## Tausche (Innenstad)

gegen große 2-Zimmerwohnung. Angeb. unter E. 1683 an die Exp. der Volksst. (f)

## 2-Zimmer

gegen große 2-Zimmerwohnung. Angeb. unter E. 1683 an die Exp. der Volksst. (f)

## E. 11 möbl. Zimmer

zum 1. September gesucht. Angeb. unter E. 1672 an d. Exp. d. Volksst. (f)

## Wer vermietet

groß. helles Zimm. als Büro. Angeb. unter E. 1679 an die Exp. der Volksst. (f)

# Jewelowski-Werke \* Aktiengesellschaft

Holz-Import — Holz-Export

DANZIG-LANGFUHR, HAUPTSTRASSE NR. 98  
Telephon: 3870, 5490-5495 = Telegramm-Adresse: Dapoholz

Eigene Sägewerke: Konojady (Konojad), Biskupiec (Bischolswerder), Wierzbuchin (Lindenbusch), Osle (Osche), Sauerühle

## Schnittholz aus bester polnischer Kiefer exportiert

nach Deutschland, England, Holland, Frankreich, Belgien

# Hurtownia Drzewa „Wisła“

Towarzystwo Akcyjne

Hauptbüro: Danzig, Rennerstiftsgasse 11

Fernsprecher Nr. 176, 392, 438, 3376 — Telegramm-Adresse: „HADEWU“

Dampfsägewerke:

Bydgoszcz (Bromberg), Kapuscisko (Hohenholm bei Bromberg), Toruń (Thorn) und Nowawies wielka (Groß-Neudorf, Bezirk Bromberg)

## Danzig-Kattowitzer Eisen- u. Metallhandels-Gesellschaft

Zentrale: DANZIG, Brochischer Weg 18 · Fernsprecher: 2039 u. 3449

m. b. H.   
 Telegramm-Adresse: „DAKEM“

Filiale: KATTOWITZ, Querstraße 2 · Fernsprecher: 488, 489, 490

Alleisen u. Altmetalle, Stab- u. Formeisen, Bleche, Voll- u. Feldbahnmaterialien, Roheisen, Ferrolegerungen, Metallrückstände, Werkzeugmaschinen DER NUTZGEBRAUCH

### Kabelfabrik

Mechanische Draht- und Hanfseilerei G. m. b. H.  
DANZIG, LANGGARTEN 109

**DRAHTSEILE**

Hanfseile = Bindfaden = Eisennetze

### Danziger Motoren-Werke

Inhaber Rudolf Brörmann  
Danzig-Langfuhr, Hauptstraße 71c  
Telefon 6834

Automobil-Reparaturen: Automobil-Schweißerei

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan  
Musterschutz! Ohne Gewähr!

(D) Danziger Fernverkehr

Danzig-Simonsdorf-Tiegenhof und zurück

6:30	1:30	4:30	7:15	ab Danzig	an	9:00	3:15	9:25	11:50
7:00	2:00	5:00	8:25	an Dirschau	ab	7:30	1:30	8:30	10:25
8:15	3:15	6:15	9:25	ab "	an	7:30	1:30	8:15	10:25
9:45	3:45	6:45	10:25	an Simonsdorf	ab	7:15	1:15	8:20	10:15
9:45	3:45	6:45	9:25	ab "	an	7:30	1:15	8:15	10:20
9:45	4:15	6:45	9:30	an Neuteich	ab	6:45	12:45	5:45	9:25
9:45	4:30	7:15	9:25	an Tiegenhof	ab	6:30	12:30	5:30	9:25

### Baltic Trading Company Ltd.

**DANZIG**

Brothänkengasse 50

Telephon: Nr. 546 = Telegr.-Adresse: Baltico

### HOLZ-UNION G. m. b. H.

Langgasse Nr. 73

Telefon Nr. 6840 und 2622 = Telegr.-Adr.: Holzunion

ist laufend Käufer von Eisenbahnschwellen, Telegraphenstangen und Waldbeständen

# Holzindustrie Leon Aitrachan Akt.-Ges.

Kontor: Neugarten 35

Telefon 2731, 1255, 3107

Eigene Wälder in Polen = Eigene Sägewerke in Polen und Danzig = Export nach dem Ausland

## Bergenske Baltic Transports Ltd., Danzig

Fernsprecher: 1619, 1741, 3389, 5285, 6093, 6094, 6717

Libau — Windau — Riga — Reval — Petrograd — Warschau — Lodz — Pillau — Königsberg — Memel

Telegramm-Adresse für alle Häfen „BERGENSKE“

Reederei — Befrachtung — Spedition — Transport-Versicherung

Regelmäßige Dampfer-Expeditionen von Danzig nach London — Hull — Tyne — Manchester — Liverpool — Antwerpen — West- und Ostnorwegen — Kristiania — Libau — Windau — Riga — Reval — Petrograd — Große, modern eingerichtete eigene Speicheranlagen und Lagerplätze für Holz, Stück- und Massengüter — Gleis- und Wasseranschluß.



Omnibusse

Sprengwagen

Universalkipper

Möbelumzugswagen

Milchtransportwagen

Holztransportwagen

## „Daag“ Einheits-Lastkraftwagen

in jeder Ausführung für 2—5 to Nutzlast mit patentierter Motorbremse

ferner: **Anhänger** für 3—5 to Nutzlast ab Lager Danzig

# H. Rheinbay Akt.-Ges.

Telephon Nr. 712, 5317

Danzig, IV. Damm 7

Telegr.-Adr.: Rheinunion

Eigene Reparaturwerkstätte mit Vorführungswagen zur Verfügung